

# UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

186 · April 2006

Monatliche Publikation,  
herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung

## *aus dem Inhalt*

### Gesellschaft – Analysen & Alternativen

HEINZ-J. BONTRUP

Wirtschaftsdemokratie statt Shareholder-Kapitalismus 299

### Debatte Grundsicherung

KATJA KIPPING, MICHAEL OPIELKA, BODO RAMELOW

»Sind wir hier bei ›Wünsch dir was?«  
Thesen für einen neuen Sozialstaat 333

### Neue Medien

TOBIAS SCHULZE

Internet und Brechts Radiotheorie 346

HEINZ-J. BONTRUP

## Wirtschaftsdemokratie statt Shareholder-Kapitalismus

»Die Demokratisierung der Wirtschaft im Mikro-, ebenso wie im Makrobereich, stellt,« so Rudolf Hickel, »die wichtigste gesellschaftspolitische Aufgabe der Gegenwart, aber vor allem auch der Zukunft dar. Denn erst mit der Demokratisierung der Wirtschaft werden die gesellschaftsstrukturierenden Machtzentren zurückgedrängt und einer direkten Planung und Kontrolle unterzogen. Gleichzeitig wird damit auch eine für die herrschende Staatsauffassung typische Dichotomie überwunden. Während das System der parlamentarischen Demokratie von der Idee lebt, es reiche aus, die politischen Strukturen eines Landes zu demokratisieren, fordert eine radikale – d. h. eine an den gesellschaftlichen Wurzeln ansetzende – Demokratisierung auch und eben die Einbeziehung der Wirtschaft.«<sup>1</sup> Entgegen dieser spätestens seit der Weimarer Zeit von den Gewerkschaften erhobenen Forderung nach einer Demokratisierung stoßen bis heute unnachgiebig die parlamentarisch-demokratischen Strukturen – in einem Bundes- und Sozialstaat föderal in der Verfassung angelegt – auf eine weitgehend autokratische (paternalistische) Führungs- und Herrschaftsstruktur in der Wirtschaft. Diese wurde seit Mitte der 1970er Jahre unter dem Regime des Neoliberalismus noch verstärkt. Selbst die nach dem Zweiten Weltkrieg gesetzlich verankerte Mitbestimmung, die letztlich keine wirklich *gleichberechtigte wirtschaftliche Mitbestimmung* zwischen Kapital und Arbeit erlaubt, wird noch unterminiert. Der wirtschaftspolitische neoliberale Paradigmenwechsel hin zu einem sozial entfesselten Kapitalismus<sup>2</sup> hat nicht nur die bis dahin zumindest einigermaßen bestehende Machtbalance zwischen Kapital und Arbeit aus dem Lot gerissen, sondern auch den zuvor vorherrschenden keynesianischen Staatsinterventionismus abgelöst, der der fordistischen/tayloristischen Massenproduktion eine adäquate Massenkaufkraft bzw. -nachfrage zuführte. Schlimmer noch: die Herrschafts- und Machtverhältnisse sind mit der radikalen Öffnung und Liberalisierung der weltweiten Märkte seit Beginn der 1990er Jahre fast vollkommen auf die Wirtschaft übergegangen. Die Globalisierung hat die nationale Politik zum Getriebenen der Märkte gemacht. Der Raum der kapitalistischen Verwertung ist global geworden und der Vergleich der Verwertungsmöglichkeiten von Kapital, hinweg über Branchen, Länder und Kapitalformen (vom Geldkapital bis zum Humankapital), ebenfalls. Dabei zählt heute nur noch der Shareholder-Value, der zu einem unterstellten und von den Shareholdern (Kapitaleignern) geforderten Zinssatz den Wert eines Unternehmens kapitalisiert.<sup>3</sup> Hierdurch ist es letztlich zu schwerwie-

Heinz-J. Bontrup – Jg. 1953, Prof. Dr. rer. pol., Hochschullehrer für Wirtschaftswissenschaft an der Fachhochschule Gelsenkirchen mit dem Schwerpunkt Arbeitsökonomie, Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur Arbeitsökonomie, Wirtschaftspolitik sowie Preis- und Wettbewerbstheorie. Zuletzt erschien sein Buch »Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft«, Papy-Rossa Verlag Köln 2005.

1 Rudolf Hickel: Die Demokratisierung des Unternehmens. Die Neomarxistische Konzeption, in: Internationale Stiftung Humanum (Hrsg.): Neomarxismus und Pluralistische Wirtschaftsordnung, Bonn 1979, S. 150.

2 Vgl. Joachim Bischoff: *Entfesselter Kapitalismus*, Hamburg 2003.

3 Vgl. Elmar Altvater: *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*, Münster 2005, S. 63.

4 Vgl. Heinz-J. Bontrup: *Lohn und Gewinn, Volks- und betriebswirtschaftliche Grundzüge*, München-Wien 2000, S. 92 ff.

5 Zum Begriff bzw. zur Geschichte des Begriffs »Kapitalismus«, der erstmals im 18. Jahrhundert verwendet wurde, sich allerdings erst sehr viel später durchsetzte, vergleiche Elmar Altvater: *Das Ende des Kapitalismus*, a. a. O., S. 34-42. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Begriff auf Grund der negativen Assoziationen, die durch Ausbeutung, Enteignung und Machtanwendung geprägt waren, in »Marktwirtschaft« umbenannt. Dies ist aber nichts als eine »Täuschung«, schreibt der bekannte amerikanische Ökonom John Kenneth Galbraith. »Ökonomen, Führungspersönlichkeiten aus der Wirtschaft und Politik, (...) sprechen heute lieber von »der Marktwirtschaft«, weil dieser Terminus keine negativen Assoziationen weckt. Zwar kann man das Wort »Kapitalismus« noch hie und da hören, aber nur selten aus dem Munde der scharfsinnigen und eloquenten Verteidiger der bestehenden Wirtschaftsordnung. (...) Die Rede von einem marktwirtschaftlichen System ist aber (...) nichtsagend, falsch und schönfärbisch. Hinter dieser Umbenennung stand der Wunsch nach Schutz vor den leidvollen Erfahrungen,

genden sozialen und ökonomischen Verwerfungen gekommen. Unzureichende Wachstumsraten, Massenarbeitslosigkeit und ein schrumpfender Sozialstaat haben zu immer mehr prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen geführt. Soll dem Einhalt geboten und ein neuer Aufschwung in Richtung einer »sozialen Arbeitsgesellschaft« eingeleitet werden, die auf einer uneingeschränkten materiellen und immateriellen Partizipation der abhängig Beschäftigten beruhen muss, so sind die ökonomischen Prozesse sowohl auf *einzel- als auch auf gesamtwirtschaftlicher Ebene* demokratisch zu gestalten und auszusteuern. Dies will der folgende Beitrag aufzeigen.

#### *Marktwirtschaftliche Ideologie und ökonomische Demokratie*

Es heißt, in marktwirtschaftlichen Ordnungen gebe es idealtypisch keine Macht. Weder die Unternehmen noch ihre Eigentümer könnten hier auf Grund ihrer nur geringen Größe und einer vollkommenen Konkurrenz Märkte beeinflussen, Preise und sonstige Konditionen setzen oder die Nachfrageseite des Marktes manipulieren. Im Gegenteil: Eine Marktwirtschaft diene der Gesellschaft über *Konsumenteninteressen* als Ganzes mit niedrigen Preisen bei bester quantitativer und qualitativer Marktversorgung. Der Markt wird mit einer Konsumentensouveränität gleichgesetzt, also mit der Macht des Verbrauchers zu entscheiden, welche Waren erzeugt, angeboten und verkauft werden. Die Produzenten, genauer die Kapitaleigner, müssten sich dem unterwerfen. Sie erhielten daher im Marktgleichgewicht auch keinen Gewinn. Dieser werde zu Gunsten der Konsumenten im Wettbewerb der Unternehmen untereinander wegkonkurriert. Die Kapitaleigner würden lediglich, setzen sie ihre eigene Arbeitskraft im Produktionsprozess ein, mit einem kalkulatorischen Unternehmerlohn bedacht, und die abhängig Beschäftigten würden mit ihrer Grenzproduktivität bzw. mit ihrem Wertgrenzprodukt der Arbeit entlohnt.<sup>4</sup> Auch seien die Kapitaleigner gegenüber ihren Beschäftigten unter den Bedingungen einer vollbeschäftigten Wirtschaft weitgehend machtlos. Der Staat habe nur eine »Nachtwächterfunktion«. Er setze lediglich die Rahmenbedingungen. Jede staatliche Marktintervention führe zu schlechteren sozialen und ökonomischen Ergebnissen.

Dieser theoretischen Form und Interpretation einer marktwirtschaftlichen Ordnung mit einer immanent unterstellten »*ökonomischen Demokratie*«, die auch dem heute vorherrschenden marktradikalen Neoliberalismus als Rechtfertigungsideologie dient, steht allerdings die wirtschaftliche Realität einer kapitalistischen Ordnung gegenüber.<sup>5</sup> In dieser ist nicht nur ein widersprüchliches Lohn-Kapital-Verhältnis angelegt, sondern es dominiert auf Grund des Privateigentums am eingesetzten Unternehmenskapital ausschließlich der Kapitaleigner, der Shareholder. »Neben der nur durch Arbeitsgesetze eingeschränkten Verfügungsgewalt über die Arbeitskräfte wird den Kapitalgebern die Aneignung des wirtschaftlichen Erfolges zugestanden. Auch die einseitige Orientierung der Unternehmen an der Gewinnerzielung als ausschließlichem Ziel ist eine Konsequenz dieser Machtstruktur und nicht die zwangsläufige Schlussfolgerung aus der Marktkoordination und Marktsteuerung.«<sup>6</sup> Von gleichberechtigten demokratischen Mitsprachestrukturen der abhängig Beschäftig-

ten kann jedenfalls keine Rede sein. Das kapitalistisch orientierte Unternehmen, ob als kleiner Handwerksbetrieb oder als großer international agierender Konzern, verfolgt ausschließlich ein profitmaximierendes Kapitalinteresse, ohne dabei Rücksicht auf Natur und Mensch zu nehmen. Weder wird ohne eine staatliche Intervention die Natur (Umwelt) in das »marktwirtschaftliche« Preissystem internalisiert, noch erfolgt eine Beteiligung der abhängig Beschäftigten am Wert ihrer Arbeit. Sie erhalten lediglich ein Lohnäquivalent in Höhe des Wertes ihrer Arbeitskraft, so dass sich der Kapitaleigner, der Kapitalist, auf Grund des Kapitalvorschusses und des Eigentums den Überschuss, den Mehrwert (Profit), aneignen kann. Markt- und wettbewerbsimmanente Konzentrations- und Zentralisationsprozesse haben dabei im Kapitalverwertungs- und einem erweiterten Akkumulationsprozess immer größere Unternehmenseinheiten entstehen lassen, die, entgegen marktwirtschaftlicher Ideologie, kapitalistisch alles daran setzen, »Preise nach eigenem Belieben festzusetzen und künstlich Nachfrage nach ihren Gütern zu schaffen. Zu diesem Zweck nutzen sie das gesamte Instrumentarium der Monopol- und Oligopolpreisbildung, der Produktgestaltung und -differenzierung, der Werbung und sonstiger Methoden der Verkaufs- und Handelsförderung.«<sup>7</sup> Insbesondere der Konzern ist hier für Joel Bakan »eine pathologische Institution, gefährlich, da im Besitz einer ungeheuren Macht, die er über Menschen und Gesellschaft ausübt.«<sup>8</sup> Von Konsumentensouveränität kann dabei keine Rede sein. Im Gegenteil: Die Macht der Konzerne sichert ihnen eine Extraprofitstellung und wirkt gleichzeitig durch ihre ausbeuterische Kraft der Umverteilung negativ auf das ganze System zurück. Die Ausgebeuteten, die Konsumenten, die abhängig Beschäftigten und die kleinen und mittleren Unternehmen, zahlen die Zeche.

Gefährlich für die realiter gegebene kapitalistische Ordnung ist auch ihr nicht krisenfreies wirtschaftliches Wachstum. Konjunkturelle Zyklen und langfristig (säkular) abnehmende Wachstumsraten führen zu allgemeinen Gewinneinbußen und struktureller Arbeitslosigkeit. Die Antwort hierauf war, zumindest für eine gewisse Zeit, ein politisch intendiertes Projekt, der *Keynesianismus*. Man traute – vor dem Erfahrungshintergrund der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 – dem sich selbst überlassenen Markt und dem unkontrollierten Kapital nicht mehr. Die bis dahin dominante Theorie des marktwirtschaftlichen Laissez-faire und eine staatliche Deflationspolitik hatten als Therapie in der Weltwirtschaftskrise völlig versagt. Daher war spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg in Theorie und politischer Praxis die Erkenntnis gereift, dass der Staat in den Marktmechanismus intervenieren muss. Einerseits zur Begrenzung der wirtschaftlichen Macht der Großunternehmen und Konzerne und andererseits zur Erhöhung der Massenkaufkraft durch ein sozialstaatliches Gefüge, das auch durch eine Umverteilung der primären Markteinkommen zu den nicht so Leistungsfähigen in einer Gesellschaft herbeigeführt werden sollte. Der sich selbst überlassene Markt schafft dies nicht. »Der Markt hat kein Herz«, stellt Amerikas berühmtester Ökonom Paul A. Samuelson fest.<sup>9</sup>

Speziell in Deutschland wurde zwischen 1945 und 1947 sogar die *Systemfrage* gestellt.<sup>10</sup> Selbst die CDU formulierte in ihrem »Ahle-

die mit der Ausübung kapitalistischer Macht verbundenen waren. (...) Heute glaubt man, dass das einzelne Unternehmen, der einzelne Kapitalist, keine Macht besitze. Unerwähnt bleibt dabei, dass der Markt geschickt und umfassend manipuliert wird. Darin besteht die Täuschung.« John Kenneth Galbraith: Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs. Vom Realitätsverlust der heutigen Wirtschaft, München 2005, S. 29 f.

6 Joachim Bischoff: Das Ende des Neoliberalismus und die Zukunft der Wirtschaftsdemokratie, in: UTOPIE kreativ, Heft 173 (März 2005).

7 John Kenneth Galbraith: Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs, a. a. O., S. 28.

8 Joel Bakan: Das Ende der Konzerne. Die selbstzerstörerische Kraft der Unternehmen, Hamburg 2005, S. 8.

9 Vgl. Gespräch mit Paul A. Samuelson, in: Der Spiegel, Nr. 38/2005, S. 86.

10 Vgl. Alfred C. Mierzejewski: Ludwig Erhard. Der Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft, München 2005, S. 75 ff.; Marianne Welteke: Theorie und Praxis der Sozialen Marktwirtschaft, Frankfurt a. M. 1976, S. 34 f.

ner Programm« vom 3. Februar 1947, dass »das kapitalistische Wirtschaftssystem den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden« sei. Die SPD sah nur in einer »Sozialisierung« und »Vergesellschaftung« eine zukünftige Lösung für die Wirtschaft, die dem Recht und der Würde des Menschen genügen. In den Gewerkschaften erinnerte man sich an die in der Weimarer Republik im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) von Fritz Naphtali (1928) entwickelten Vorstellungen über eine Wirtschaftsdemokratie. Auf dieser Basis erarbeitete Erich Potthoff<sup>11</sup> nach dem Zweiten Weltkrieg für die noch inoffizielle Gewerkschaftsführung in der britischen Besatzungszone konzeptionelle Vorschläge, die eine Sozialisierung der großen Unternehmenskomplexe in Form einer Verstaatlichung vorsahen, wobei diese Maßnahmen in eine globale staatliche Wirtschaftsplanung einzubetten wären<sup>12</sup>. »Das Wirtschaftsleben würde erst dann wirklich demokratisch, wenn der entsprechende Einfluss der Gewerkschaften und der Betriebsräte auf die Verwaltung der einzelnen Unternehmungen gewährleistet (ist), indem diese in den Aufsichtsräten paritätisch mit den übrigen Vertretern beteiligt sind.«<sup>13</sup> Die Ausarbeitungen von Potthoff gingen 1949 als politische Forderungen in das erste »Grundsatzprogramm« des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) ein. Dort heißt es:

- »(Es ist) eine Wirtschaftspolitik (umzusetzen), die unter Wahrung der Würde freier Menschen die volle Beschäftigung aller Arbeitswilligen, den zweckmäßigen Einsatz aller volkswirtschaftlichen Produktivkräfte und die Deckung des volkswirtschaftlichen Bedarfs sichert.

- (Es muss eine) Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmer in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen, in der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung (eingeführt werden).

- Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, insbesondere des Bergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, der Großchemie, der Energiewirtschaft, der wichtigsten Verkehrseinrichtungen und der Kreditinstitute.

- (Es ist) soziale Gerechtigkeit durch angemessene Beteiligung aller Werkstätigen am volkswirtschaftlichen Gesamtertrag und Gewährung eines ausreichenden Lebensunterhaltes für die infolge Alter, Invalidität oder Krankheit nicht Arbeitsfähigen (zu garantieren).

Eine solche wirtschaftspolitische Willensbildung und Wirtschaftsführung verlangt eine zentrale volkswirtschaftliche Planung, damit nicht private Selbstsucht über die Notwendigkeit der Gesamtwirtschaft triumphiert.«<sup>14</sup>

Diese Forderungen nach einer demokratischen Wirtschaft ließen sich nach der ersten Bundestagswahl in der Bundesrepublik 1949 nicht mehr umsetzen. Die mehrheitlich gewählte rechts-liberale Koalition von CDU/CSU/FDP und der Deutschen Partei (DP), geführt von Konrad Adenauer (CDU) als Bundeskanzler, machte sehr schnell deutlich, dass eine wie auch immer geartete »Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien« und eine »zentrale volkswirtschaftliche Gesamtplanung« nicht auf ihrer Agenda stand, und selbst eine Mitbestimmung in den Unternehmen allenfalls auf »kleinster Flamme« in Frage kam. »Spätestens jetzt war klar, dass die Kapital-

11 Erich Potthoff war nach seinem Studium der Betriebswirtschaft in Köln von 1937 bis 1940 wissenschaftlicher Assistent des Begründers der modernen Betriebswirtschaftslehre, Eugen Schmalenbach. Von 1946 bis 1949 und von 1952 bis 1956 leitete er das wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften, das heutige Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans Böckler Stiftung.

12 Erich Potthoff, in: Protokoll der Gewerkschaftskonferenz 1946 in Hannover, S. 10 ff.

13 Gloria Müller: Strukturwandel und Arbeitnehmerrechte. Die wirtschaftliche Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945–1975, Essen 1991, S. 129.

14 Zitiert nach Gewerkschaften und Mitbestimmung. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 128, Bonn 1977, S. 223.

lismus-Kritik des »Ahlener Programms« der CDU graue Vergangenheit war.«<sup>15</sup>

Dennoch wurde in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg eine »Soziale Marktwirtschaft« konstituiert. »Das zukünftige Wirtschaftssystem sollte das Prinzip der Marktwirtschaft mit dem des sozialen Ausgleichs verbinden; mit dem von Müller-Armack geprägten Begriff der »Sozialen Marktwirtschaft« konnten sich auch die stärker planwirtschaftlich orientierte Bevölkerung und vor allem die Gewerkschaften identifizieren.«<sup>16</sup> Der Aufbau eines *Sozial- und Wohlfahrtsstaates* und die Nicht-Wiederherstellung einer »Laissez-faire-Wirtschaft« standen hier im Mittelpunkt. Für Alfred Müller-Armack stand außer Frage, dass zum Wesen einer »Sozialen Marktwirtschaft« eine staatliche Intervention in die ansonsten instabilen und unsozialen Märkte gehört.<sup>17</sup> Gleichzeitig wollte man hiermit der aufgekomenen »Systemkonkurrenz« mit dem »sozialistischen Lager« bzw. der zentralisierten planwirtschaftlichen Ordnung begegnen. Der Kapitalismus musste zeigen, dass er auch sozial ist. Dazu wurden die Produktivitätssteigerungen zumindest verteilungsneutral zwischen den Kapitaleignern und den abhängig Beschäftigten aufgeteilt und Lohnerhöhungen zugestanden. Diese waren wiederum die Bedingung dafür, dass die mit der Steigerung der Produktivität ebenfalls steigende Gütermenge über eine kaufkräftige Massennachfrage abgesetzt werden konnte. Das kapitalistische Klassenverhältnis von Kapital und Arbeit wurde so befriedet. Es kam zu Wachstum und Vollbeschäftigung. Die Abwesenheit einer »Reservearmee« der Arbeitslosen war neben der produktivitätsorientierten Lohnpolitik auch die Basis für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und für eine Humanisierung der Arbeitswelt. Außerdem wurden von den Gewerkschaften verkürzte Arbeitszeiten durchgesetzt. Der Staat konnte auf Grund hoher Wachstumsraten bei Vollbeschäftigung und daraus entstehenden Steuereinnahmen die Sozialversicherungssysteme ausbauen.

Die Einrichtung einer Wirtschaftsdemokratie, selbst nur bezogen auf eine gesetzliche paritätische Mitbestimmung in Aufsichtsräten von Großunternehmen, wurde dagegen von Anfang an, nicht zuletzt von Ludwig Erhard, dem ersten Bundeswirtschaftsminister, strikt ablehnt und bekämpft. Erhard hielt die Mitbestimmung in den Unternehmen allgemein für unvereinbar mit dem freien Markt. Die Kapitaleigentümer mussten zur Gründung und zum Ausbau ihrer Unternehmen Risiken auf sich nehmen und sollten daher die alleinige Kontrolle haben.<sup>18</sup> Diesbezüglich bekam er große Unterstützung aus der Wirtschaft, deren Vertreter grundsätzlich der Auffassung waren, dass Wirtschaftsdemokratie so unsinnig sei wie eine Demokratisierung der Schulen, der Kasernen oder der Zuchthäuser.<sup>19</sup> Die Gewerkschaften hielten dagegen. Sie hatten, sieht man von dem Montan-Mitbestimmungsgesetz aus dem Jahr 1951 ab, mit dem 1952 im Deutschen Bundestag verabschiedeten Betriebsverfassungsgesetz und der so genannten unternehmerischen »Drittelparität« in Aufsichtsräten von Kapitalgesellschaften und Genossenschaften mit mehr als 500 Beschäftigten eine schwere Niederlage erlitten. Das Betriebsverfassungsgesetz sah und sieht bis heute keine *wirtschaftliche* Mitbestimmung vor und die »Drittelparität« ist eine Schein-

15 Michael Kittner: *Arbeitskampf. Geschichte, Recht, Gegenwart*, München 2005, S. 598.

16 Norbert Reuter: *Arbeitgeber-Marktwirtschaft*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 10/2001, S. 1.168.

17 Vgl. Alfred Müller-Armack: *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik*, Bern/Stuttgart 1976.

18 Vgl. Alfred C. Mierzejewski: *Ludwig Erhard*, a. a. O., S. 152.

19 Vgl. *Industriekurier* vom 7. Oktober 1965.

mitbestimmung, da nur ein Drittel der Aufsichtsratsmandate auf Arbeitnehmervertreter entfallen. Otto Brenner, langjähriger Vorsitzender der IG Metall, konkretisierte und begründete daher 1961 noch einmal die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie. Er schrieb: »Der Gedanke der Mitbestimmung bedeutet im Grunde nichts anderes als eine Ausprägung der gewerkschaftlichen Idee der Freiheit. Freiheit ist für uns nicht nur ein politischer Begriff, sondern vor allem auch eine soziale Kategorie. Wir wissen, dass die Freiheit des Menschen außerhalb seines Arbeitslebens nicht vollständig und gesichert ist, solange der Mensch in seinem Arbeitsleben der Herrschaft anderer unterworfen bleibt. Die Demokratisierung des öffentlichen Lebens, das freie Wahl-, Versammlungs-, Rede- und Presserecht bedarf der Ergänzung durch die Demokratisierung der Wirtschaft, durch Mitbestimmung der arbeitenden Menschen über die Verwendung ihrer Arbeitskraft und der von ihnen geschaffenen Werte. Die Forderung nach Mitbestimmung der arbeitenden Menschen ist historisch entstanden in einer Wirtschaftsordnung, die auf dem privaten Besitz an Produktionsmitteln beruht, auf der Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln und vom Produkt seiner Arbeit und auf der damit gegebenen Bevorzugung der Produktionsmittelbesitzer. Mit anderen Worten: Wir haben es mit einer Wirtschaftsordnung zu tun, in der es keine Freiheit im sozialen Bereich und keine Demokratie im Wirtschaftsleben gibt. Der Gedanke der Mitbestimmung bedeutet nichts anderes als einen Versuch, Freiheit und Demokratie auch im Bereich der Wirtschaft, auch für die Arbeitnehmer zu verwirklichen.«<sup>20</sup>

Brenner hatte 1960 die Konzeption einer Wirtschaftsdemokratie in Anlehnung an das erste Grundsatzprogramm des DGB von 1949 in einer Drei-Stufen-Theorie – auf einer Makro-, Meso- und Mikroebene – konkretisiert. Demnach sollte durch eine adäquate makroökonomische Gesamtplanung für Vollbeschäftigung und soziale Gerechtigkeit gesorgt werden. Auf der Mesebene war eine Kontrolle wirtschaftlicher (unternehmerischer) Macht vorgesehen und auf der Mikroebene eine Partizipation der abhängig Beschäftigten an den unternehmerischen Entscheidungsprozessen.<sup>21</sup>

### *Neoliberale Angriffe auf Mitbestimmung und Demokratie*

Von der Etablierung demokratischer Strukturen, die auf Partizipation der Lohnarbeitenden an dem von ihnen geschaffenen Überschussprodukt und auf ihre Teilnahme an den Entscheidungsprozessen in Betrieb und Wirtschaft setzt, sowie den demokratisch verfassten Staat in die Verpflichtung nimmt, suboptimale und ungerechte Marktergebnisse durch staatliche Wirtschaftspolitik zum Vorteil für die Mehrheit der Staatsbürger zu berichtigen, ist die bundesdeutsche Wirtschaft seit etwa Mitte der 1970er Jahre weiter entfernt als jemals zuvor. Selbst das wenige an heute bestehender Mitbestimmung wird seitdem durch die einseitige Hinwendung zu einem neoliberal orientierten Finanzkapitalismus bedroht.<sup>22</sup> Der Schweizer Jean Ziegler betont, die Welt wurde einer »marktradikalen Gehirnwäsche« unterzogen. Das Kapital diktiert der eigentlich dem gesamten Volk verpflichteten staatlichen Politik, mittlerweile nicht einmal mehr versteckt, sondern völlig offen und einseitig, die Bedingungen und

20 Otto Brenner: Aus einem Referat im Juni 1961, in: Ders.: Aus Reden und Aufsätzen, Frankfurt a. M. 1972, S. 58.

21 Vgl. Otto Brenner: Die Gewerkschaften in der modernen Industriegesellschaft, in: Protokoll des 6. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall, Frankfurt a. M. 1960.

22 So wollen restaurative Kräfte, wie u.a. der ehemalige BDI-Vorsitzende, Michael Rogowski, der demokratische Mitbestimmungsstrukturen für einen »Irrtum der Geschichte« hält, heute selbst die wenigen in der Wirtschaft vorliegenden unternehmensbezogenen und betrieblichen Mitbestimmungsrechte der abhängig Beschäftigten zusammenstreichen oder sogar ganz abschaffen. Dabei unterliegen nur rund 13 v. H., dies sind etwa 4 Millionen der gut 30 Millionen abhängig Beschäftigten in der Wirtschaft einer unternehmerischen Mitbestimmung – einschließlich der Drittelparität. Auf betrieblicher Ebene haben lediglich 17 v. H. aller Unternehmen (47 v. H. aller Beschäftigten) in Westdeutschland und sogar nur 15 v. H. (38 v. H.) in Ostdeutschland einen Betriebsrat. Man muss also eher von »mitbestimmungsfreien Zonen« sprechen.

Ansprüche an das gesellschaftlich arbeitsteilig erwirtschaftete Volkseinkommen. Dahinter steht ein weltweit gespanntes System, dessen Ideologie im »Konsens von Washington« von den herrschenden Oligarchien des Finanzkapitals festgelegt und von der Politik eingefordert wurde.<sup>23</sup> Es lässt sich als Trias aus *Liberalisierung*, *Deregulierung* und *Privatisierung* zusammenfassen. »Die neuen Herren der Welt« (Ignacio Ramonet)<sup>24</sup> wollten eine Entfesselung der Märkte, sie wollten den weltweit globalen Markt, die Privatisierung des Planeten, um sich noch mehr bereichern zu können und gleichzeitig die Armen dieser Welt auszuschließen bzw. territorial einzusperren.<sup>25</sup> Das Primat der demokratisch gewählten und legitimierten Politik wurde »entpolitisiert« (Pierre Bourdieu) und durch eine weltweite Dominanz des Finanzkapitals ausgehebelt.<sup>26</sup> Die Macht- und Herrschaftseliten erhoben den Anspruch auf eine wachsende *Entdemokratisierung* bzw. auf eine Rückverlagerung der Macht ausschließlich auf die Seite der Kapitaleigner. »Die Distribution der gesellschaftlichen Ergebnisse der kapitaldominierten Marktwirtschaft wurde so immer stärker in Richtung der leistungslosen Vermögenseinkommen verschoben.«<sup>27</sup> Dies wurde geschickt hinter blinden und anonymen Gesetzen des Marktes und einer Hochstilisierung des Wettbewerbs getarnt. Der Markt (und sein Synonym Konsument) sei der Souverän, dem sich alle zu beugen hätten, und der Markt würde im Gegensatz zum Staat die gesamtökonomisch besseren Ergebnisse liefern. Der Staat »stranguliere« durch seine ständigen Marktinterventionen die Dynamik der marktwirtschaftlichen (preislichen) Selbststabilisierung der Konkurrenzwirtschaft. Deshalb seien grundsätzlich staatliche Eingriffe in Marktprozesse auf Ausnahmen zu beschränken. Der Staat habe lediglich die *Rahmenbedingungen* für die Wirtschaftstätigkeit festzulegen und dem Leistungswillen und der Eigenverantwortung des Einzelnen im Wettbewerb genügend Raum zu lassen. *Freiheit* und *Eigentum* seien dabei konstitutive Elemente. Beide Elemente würden nachhaltig durch Mitbestimmung, durch eine demokratische Partizipation der Arbeitnehmer in den Unternehmen die Rechte der Kapitaleigner verletzen. Dies alles ist nicht nur vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit einer »Sozialen Marktwirtschaft«, sondern auch deshalb grundlegend falsch, weil die Freiheit der einen in einer kapitalistisch angelegten Ordnung die Unterdrückung der anderen ohne Kapitaleigentum automatisch nach sich zieht, wenn diese Freiheit nicht von politischen Regeln und Interventionen staatlicherseits eingeschränkt wird. Der sich selbst überlassene und immanent instabile kapitalistische Markt garantiert den abhängig Beschäftigten heute nicht einmal mehr den Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft. Dies bezeichnet Oskar Negt zu Recht als einen »kapitalistischen Gewaltakt, als einen Anschlag auf die körperliche und seelisch-geistige Integrität der davon betroffenen Menschen.«<sup>28</sup> Sächliche Produktionsmittel und die unternehmerische Freiheit sind verfassungsrechtlich durch das Eigentum mehr geschützt als die lebendige menschliche Arbeit. Diese Asymmetrie ist inakzeptabel. Der Mensch darf nicht einer Sache untergeordnet werden. Dennoch privilegiert unsere Rechtsordnung bei der Regelung des Unternehmens das Kapital.<sup>29</sup> Wolfgang Däubler fordert daher konsequenterweise im Hinblick auf Artikel 1 des Grundgesetzes (der »Würde des

23 Vgl. Jean Ziegler: Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher, München 2005, S. 51 ff.

24 Vgl. Ignacio Ramonet: Die neuen Herren der Welt. Internationale Politik an der Jahrtausendwende, Zürich 1998.

25 Vgl. Jean Ziegler: Die neuen Herrscher der Welt, a. a. O., S. 11.

26 Vgl. Jörg Huffschmid: Politische Ökonomie der Finanzmärkte, 2. Aufl., Hamburg 2002.

27 Joachim Bischoff: Das Ende des Neoliberalismus und die Zukunft der Wirtschaftsdemokratie, a. a. O., S. 203.

28 Oskar Negt: Arbeit und menschliche Würde, 2. Aufl., Göttingen 2002, S. 54.

29 Vgl. Ekkehart Stein: Demokratisierung der Marktwirtschaft, Baden-Baden 1995, S. 56.



30 Vgl. Wolfgang Däubler: Das Grundrecht auf Mitbestimmung und seine Realisierung durch tarifvertragliche Begründung von Beteiligungsrechten, Frankfurt a. M. 1973. Der amerikanische Ökonom John Kenneth Galbraith hat gerade in seinem neuesten Buch »Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs« vor der im Shareholder-Kapitalismus entstandenen Machtkonzentration eines weitgehend selbstständigen und selbstherrlichen Managements, das sich eine eigene Bürokratie geschaffen hat, gewarnt. Er fordert eine wirksamere Kontrolle. Diese kann nur durch Gegenmachtbildung (»Countervailing power«) erreicht werden. Dazu muss der Faktor Arbeit mit Macht ausgestattet werden.

31 Vgl. Alfred Rappaport: Shareholder Value als Maßstab für Unternehmensführung, Stuttgart 1995.

32 Vgl. Lothar Kamp, Alexandra Krieger: Die Aktivitäten von Finanzinvestoren in Deutschland, Düsseldorf 2005.

33 Vgl. Werner Goldschmidt, Dieter Klein, Klaus Steinitz: Neoliberalismus. Hegemonie ohne Perspektive, Heilbronn 2000.

34 Vgl. Claus Schäfer: Weiter in der Verteilungsfalle – Die Entwicklung der Einkommensverteilung in 2004 und davor, in: WSI-Mitteilungen, Heft 11/2005, S. 603-615.

Menschen«) einen Verfassungsrang für eine paritätische Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten in den Unternehmen, wie er noch in der Weimarer Verfassung gegeben war.<sup>30</sup>

Der heute vorherrschende Finanzkapitalismus oder Shareholder-Kapitalismus im Sinne von Alfred Rappaport<sup>31</sup> fordert dagegen nur noch eins: den Respekt vor dem Privateigentum des Kapitals. Die Herrschenden und die Ideologen des Ultraliberalismus hatten während der zwei »Wirtschaftswunderjahrzehnte« nach dem Zweiten Weltkrieg unermüdlich gegen die mächtige keynesianische mixed economy und ihre daraus abgeleitete und vom Kapital empfundene Eigentumsenteignung kämpfen müssen. Es war unter dem Regime des Keynesianismus eine »soziale Arbeitsgesellschaft« entstanden, auch unter Akzeptanz des angestellten Managements in den Kapitalgesellschaften, die auf Wachstum und Vollbeschäftigung setzte. Die weltweite Liberalisierung der Finanzmärkte hat diese Logik und gesellschaftliche Sozialverträglichkeit nachhaltig zerstört. Das Kapital hat heute die Option zwischen der Anlage in beschäftigungschaffende Realinvestitionen oder in Finanzinvestitionen, zwischen einer Arbeits- oder Geldwirtschaft wählen zu können. Hinzu kommt die Möglichkeit einer jederzeitigen Ausstiegsoption aus einem börsennotierten Kapitalunternehmen und damit die Rückverwandlung von Kapitaleigentum in Liquidität. Das Eigentum »springt« in Form der Liquidität von einem Unternehmen zum anderen und setzt dabei nicht primär auf eine Dividenden- bzw. Mehrwertpartizipation, die vom Unternehmen real erwirtschaftet wird, sondern auf die Spekulation des Börsenwertes. Alles unterliegt so nur noch einem *kurzfristigen Profitinteresse*. Katalysatoren sind dabei die Finanz- und besonders die aggressiven Hedge- und Private Equity-Fonds, die das kollektive gesamtwirtschaftliche Sparvermögen, auch angelegt in Pensionsfonds zur Alterssicherung, weltweit nach der Maßgabe maximaler Profiterzielung anlegen.<sup>32</sup> Die Kapitalrisiken werden unter dem neuen Finanzregime externalisiert, d. h. den Beschäftigten aufgeladen. Es kommt zu einer Verkehrung kapitalistischer Logik. Nicht der Profit ist das Residualeinkommen, sondern der Lohn. Profite werden zu ex-ante in ihrer Höhe festgelegte Kontrakteinkommen. Die Deutsche Bank z. B. verlangt diesbezüglich 25 v. H. Kapitalrendite. Die Löhne und der Beschäftigungsstand werden so zu Anpassungsvariablen mit Erpressungscharakter. Hierdurch werden nicht nur die Arbeitnehmerinteressen negiert und Mitbestimmung als »Störfaktor« diskreditiert, sondern es ist unter dem Regime des Neoliberalismus,<sup>33</sup> der nur wettbewerbs- und profitgetrieben daherkommt, sogar zu einer Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen, verbunden mit einem gefährlichen gesamtwirtschaftlichen Lohndumping, gekommen. Die wichtige gesellschaftliche *Machtbalance* zwischen Kapital und Arbeit hat sich dabei zunehmend zu Gunsten des Kapitals und der Marktlogik, die keinen sozialen Fortschritt vorantreiben kann, aufgelöst. Die Einkommens- und Vermögensverteilung ist zunehmend aus dem Gleichschritt mit den Produktivitätssteigerungen geraten<sup>34</sup> und zerstört so zunehmend die ökonomische Basis und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ohne einen Paradigmenwechsel in Politik und Ökonomie – weg vom Neoliberalismus und der Ideologie der herrschenden Oligarchien des

Finanzkapitals – wird es daher keine Wirtschaftsdemokratie geben. Im Gegenteil: Es ist sogar ein weiterer Abbau der heute schon nicht ausreichenden gesetzlichen Mitbestimmung zu befürchten.

#### *Zur Ausgestaltung einer demokratischen Wirtschaft*

Die Veränderungen des neoliberal getriebenen Kapitalismus und der Druck des völlig entfesselten Finanzkapitals geben im Grunde die Wege zur Rückeroberung einer sozialen Arbeitsgesellschaft vor. Der demokratisch legitimierte Staat, die gewählte Politik, muss hierbei für eine übergreifende wirtschaftspolitische Strategie sorgen, deren Eckpunkte in Vollbeschäftigung, sozialer Sicherheit, ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit bestehen.<sup>35</sup> Dazu darf der Staat nicht weiter, gemäß neoliberaler Diktion, zu einem Annex der Wirtschaft verkümmern, sondern der Staat hat die Wirtschaft auszusteuern und zu kontrollieren, ansonsten entstehen im Markt- und Wettbewerbsgeschehen noch weitere wirtschaftliche Machtgebilde. Die »originären« Marktergebnisse sind nie gesellschaftlich akzeptable und gerechte Ergebnisse. Sie verlangen nicht nur nach einer staatlichen Kontrolle des Wettbewerbs und nach einer Internalisierung externer Effekte in die jeweiligen Preisstrukturen zum Vorteil der Umwelt, sondern auch nach einer Umverteilung durch eine adäquate Steuer- und Abgaben- sowie Ausgabenpolitik.<sup>36</sup> Dies nicht zuletzt zur Aussteuerung des der Marktwirtschaft immanenten Konjunkturzyklus. Dieser ist keynesianisch-antizyklisch zu glätten. Dabei sollte auf europäischer Ebene unter den einzelnen Ländern ein *Makrodialog* angestrebt werden, der zielorientiert, d.h. gegenüber der jeweiligen nationalstaatlichen Finanzpolitik, eine adäquate Geldpolitik einschließt. Bezüglich der Finanzpolitik ist der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt kein Selbstzweck. Er darf nicht zu einer finanzpolitischen »Zwangsjacke« werden, die dann gesamtwirtschaftlich nur schadet. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in diesem Kontext nicht nur eine Preisniveaustabilität zu berücksichtigen, sondern sie hat auch Verantwortung für Wachstum und Beschäftigung zu übernehmen. Bezüglich einer solchen fortschrittlichen Wirtschaftspolitik versagen aber bis heute die politischen Institutionen der EU auf der ganzen Linie. Hier muss schnellstens in Europa – auch unter dem politischen Einfluss Deutschlands – für Abhilfe gesorgt werden.

Neben der Makroebene muss es auf der ökonomischen *Mesoebene* zu einer Einbeziehung gesellschaftlicher Ziele in die Unternehmenspolitik kommen. Unternehmen müssen als gesellschaftliche Veranstaltungen und nicht als private Angelegenheiten begriffen werden. Hier ist vor dem Hintergrund der erreichten hohen Konzentration in der Wirtschaft eine Zurückdrängung von *Marktmacht* notwendig: als Marktmacht im Sinne beherrschender Positionen von Unternehmen gegenüber Konkurrenten an Absatz- und Beschaffungsmärkten<sup>37</sup> und als Macht des immer mehr angewachsenen Finanzkapitals an den weltweiten Finanzmärkten. Auch gehört dazu die Bekämpfung von Macht, die Unternehmen gegenüber den Konsumenten als Endverbraucher ausüben. Dies muss in Anbetracht heute bestehender vielfältiger grenzüberschreitender unternehmerischer Marktstrategien und Unternehmensbeteiligungen durch eine drastische Verschärfung

35 Vgl. Joachim Bischoff: Das Ende des Neoliberalismus und die Zukunft der Wirtschaftsdemokratie, a. a. O., S. 200-211.

36 Vgl. dazu die jährlich erscheinenden Memoranden der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, so das Memorandum von 2005 unter dem Titel: »Sozialstaat statt Konzern-Gesellschaft«, Köln 2005.

37 Hier ist in den vergangenen Jahren an den Beschaffungsmärkten insbesondere die Nachfrage-macht von Unternehmen dramatisch angestiegen. Vgl. speziell dazu: Heinz-J. Bontrup: Kann der Mittelstand überleben?, in: VDI-Nachrichten, Nr. 37 vom 16. September 2005, S. 2.

38 Vgl. Heinz-J. Bontrup: Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft, 3. Aufl., Köln 2005, S. 201-245.

europäischer kartell- und wettbewerbsrechtlicher Vorschriften umgesetzt werden.<sup>38</sup>

Ein wichtiger Bereich zur Demokratisierung der Wirtschaft auf der Mesoebene ist die *Tarifpolitik*. Der Staat muss diesen ansonsten autonomen Bereich (Tarifautonomie) durch eine begleitende Mindestlohn- und Arbeitszeitpolitik stützen. Tarifpolitik zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden ist immer Lohn- und Arbeitszeitpolitik. Die Lohnpolitik muss mindestens den verteilungsneutralen Spielraum, also die Produktivitäts- und die Inflationsrate, ausschöpfen, und die Arbeitszeitpolitik muss Verantwortung für ein Schließen der immer mehr auseinanderklaffenden gesamtwirtschaftlichen *Produktions-Produktivitätsschere* übernehmen. Sonst kommt es zu schwerwiegenden Störungen im gesamtwirtschaftlichen Kreislaufgefüge, wie die bestehende Massenarbeitslosigkeit und die seit langem nur schwache Binnennachfrage in Deutschland mehr als deutlich zeigen. Damit zukünftig nicht weiterhin die Arbeitgeberverbände eine wirtschaftliche Krisensituation zur Durchsetzung ihrer Partialinteressen zum Schaden der Gesellschaft ausnutzen können, weil die Gewerkschaften in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit geschwächt sind und in den Tarifverhandlungen permanent nur »zweiter Sieger« bleiben, sollte der Staat durch eine *gesetzliche Pflichtmitgliedschaft* der abhängig Beschäftigten in Gewerkschaften und von Unternehmen in Arbeitgeberverbänden für einen Machtausgleich sorgen. Unter der Kuratel einer Pflichtmitgliedschaft könnten Arbeitnehmer dann nur noch ein Arbeitsverhältnis mit einem Unternehmen konstituieren, wenn sie Mitglied einer Gewerkschaft wären. Hierdurch würde die Existenz der Institution Gewerkschaft als dringend notwendige gesellschaftliche Gegenmacht zum Kapital langfristig gesichert. Ebenso müsste auf der Arbeitgeberseite eine Pflichtmitgliedschaft der Unternehmen im Arbeitgeberverband vorgeschrieben werden, um eine Unterminierung der verfassungsrechtlich garantierten Tarifautonomie durch Verbandsaustritt zu verhindern. Der Staat sollte die Tarifpolitik auch im Sinne einer umverteilenden gerechteren *Vermögensbeteiligung* durch Gewinn- und/oder Kapitalbeteiligungsmodelle<sup>39</sup> fördern und nicht zuletzt auf der Mesoebene eine arbeits- und sozialrechtliche Gesetzgebung zum Schutz und im Sinne des Menschen im Produktionsprozess ausbauen – und nicht wie heute abbauen.

39 Vgl. Heinz-J. Bontrup: Gewinn- und/oder Kapitalbeteiligungen – ökonomische Utopie oder Notwendigkeit?, in: Intervention, Heft 1/2005, S. 95-114.

Als Gegenmacht zum privatwirtschaftlichen Unternehmenssektor wäre außerdem ein Ausbau von *öffentlichen* und *genossenschaftlichen Unternehmen* ein wesentlicher weiterer Reformschritt in Richtung Wirtschaftsdemokratie. Die Privatisierung der gesellschaftlich bedeutenden Bereiche der Post- und Telekommunikation sowie des Bahnverkehrs war ein großer Fehler. Diese Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge gehören unter gesellschaftliche und demokratische Kontrolle und dürfen nicht nach dem Gewinnprinzip und der Höhe von Börsenwerten angesteuert werden. Dies gilt auch für die Bereiche der Energieversorgung (Strom, Gas, Wasser), die man mit den fatalen Folgen von Konzentration, Beschäftigungsabbau, höheren Preisen und höheren Gewinnen für private Kapitaleigner einem Pseudowettbewerb ausgesetzt hat. Die Ergebnisse sind hier, ebenso wie im Post- und Bahnbereich, gesellschaftlich insgesamt suboptimal.

Zu einer Wirtschaftsdemokratie gehört auch die *Vergesellschaftung*, d. h. die Nutzung von Produktionsmitteln für gesellschaftliche Ziele und Zwecke, die dem Gemeinwohl dienen. Das Grundgesetz bietet gemäß Art 15 (Sozialisierung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln) dazu die Möglichkeit. Diese Forderung wird im Umfeld einer kapitalistisch geprägten Wirtschaftsordnung und vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der osteuropäischen Planwirtschaften heute am meisten abgelehnt und ideologisch bekämpft. Hier sei noch einmal an die Forderungen nach Sozialisierung wirtschaftsrelevanter Unternehmen und Branchen nach dem Zweiten Weltkrieg sowohl aus den Reihen der Politiker als auch aus den Gewerkschaften erinnert. Es sei dabei darauf verwiesen, dass der Staat in der Vergangenheit und auch heute in vielen Branchen wie beispielsweise der Luft- und Raumfahrtindustrie oder der Werft- und Stahlindustrie, nicht zu vergessen im Bergbau, gewaltige Subventionen gezahlt hat. Hier wurden nicht selten die Verluste sozialisiert und die Gewinne privatisiert.

Auf der *mikroökonomischen (unternehmerischen und betrieblichen) Ebene* muss schließlich das Verhältnis von Arbeit und Kapital in den Unternehmen von der unternehmerischen Ausübung von *Klassenmacht* gegenüber den abhängig Beschäftigten befreit werden. Dazu muss der Faktor Arbeit mit einer Gegenmacht (»Countervailing power«) gegenüber dem Kapital in den Unternehmen durch eine gesetzliche Absicherung ausgestattet werden. Wirkliche Gegenmacht entsteht erst durch eine uneingeschränkte rechtliche Gleichstellung von Arbeit und Kapital auf unternehmens- und betriebsbezogener Ebene.

Deshalb sollten die heute vorliegenden drei unterschiedlichen unternehmerischen Mitbestimmungsgesetze (Montan-Mitbestimmung, Drittelparität, »76er« Mitbestimmung) abgeschafft und durch ein *einheitliches neues Mitbestimmungsgesetz* ersetzt werden. Dies neue Gesetz sollte für alle Unternehmen mit mehr als ständig 500 Beschäftigten (ohne Auszubildende), unabhängig von der Gesellschafts- bzw. Rechtsform und der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Branche, Gültigkeit haben. Die Zusammensetzung des Aufsichtsrats wäre nach dem heutigen Modell der Montan-Mitbestimmung festzulegen. Dies schließt eine paritätische (quantitative) Vertretung von Kapital und Arbeit im Aufsichtsrat ein, allerdings ergänzt um einen staatlichen Vertreter mit Beratungs- und Informationsstatus, aber ohne Stimmrecht. Dies deshalb, weil Unternehmen auch eine öffentliche Verantwortung haben. Die »Pattauflösung« bei möglichen Kampf- abstimmungen im Aufsichtsrat soll, wie heute in der Montan-Mitbestimmung, durch ein weiteres neutrales Mitglied erfolgen. Der »neutrale Mann« ist dabei einvernehmlich zwischen den Mitgliedern des Aufsichtsrats zu bestellen und abzurufen. Dem Leitungsorgan (Vorstand/Geschäftsführung) muss außerdem, wie im Montan-Mitbestimmungsgesetz, ein gleichberechtigtes Mitglied (Arbeitsdirektor) angehören, der insbesondere den personellen und sozialen Geschäftsbereich vertritt.

Mit dieser Rahmenfestlegung für eine wirkliche paritätische Unternehmensmitbestimmung ist es aber nicht getan. Hierzu gehört entscheidend auch die Aufhebung des so genannten *Letztentscheidungs-*

*rechts* der Kapitalantileisnerversammlung gemäß § 111 Abs. 4 Aktiengesetz. Hierdurch können heute letztlich alle Entscheidungen des Aufsichtsrats auf Antrag der Geschäftsführung vom Kapitaleigner wieder aufgehoben und für nichtig erklärt werden. Im Gegensatz dazu muss der Aufsichtsrat mit Ausnahme von unternehmerischen Satzungsänderungen und von Kapitalerhöhungen sowie Kapitalherabsetzungen das Letztentscheidungsrecht haben.

Alle Unternehmen mit weniger als 500 Mitarbeitern, die keiner unternehmerischen Mitbestimmung per Aufsichtsrat unterliegen, blieben weiter den ausschließlichen Rechtsbestimmungen des *Betriebsverfassungsgesetzes* unterstellt. Die Betriebsräte müssten die Funktion der Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat übernehmen. Dazu müssten allerdings das Betriebsverfassungsgesetz entscheidend in Richtung einer heute nicht gegebenen wirtschaftlichen Mitbestimmung erweitert und die Rechte der Betriebsräte entsprechend ausgebaut werden.

#### Literatur

- Altwater, Elmar: Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik, Münster 2005.
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Sozialstaat statt Konzern-Gesellschaft, Köln 2005.
- Bakan, Joel: Das Ende der Konzerne. Die selbstzerstörerische Kraft der Unternehmen, Hamburg 2005.
- Bischoff, Joachim: Entfesselter Kapitalismus, Hamburg 2003.
- Ders.: Das Ende des Neoliberalismus und die Zukunft der Wirtschaftsdemokratie, in: UTOPIE kreativ, Heft 173, 2005.
- Bontrup, Heinz-J.: Lohn und Gewinn. Volks- und betriebswirtschaftliche Grundzüge, München, Wien 2000.
- Ders.: Kann der Mittelstand überleben?, in: VDI-Nachrichten, Nr. 37 vom 16. September 2005.
- Ders.: Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft, 3. Aufl., Köln 2005.
- Ders.: Gewinn- und/oder Kapitalbeteiligungen – ökonomische Utopie oder Notwendigkeit?, in: Intervention, Heft 1/2005.
- Brenner, Otto: Die Gewerkschaften in der modernen Industriegesellschaft, in: Protokoll des 6. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall, Frankfurt a. M. 1960.
- Ders.: Aus einem Referat im Juni 1961, in: Otto Brenner, Aus Reden und Aufsätzen, Frankfurt a. M. 1972.
- Däubler, Wolfgang: Das Grundrecht auf Mitbestimmung und seine Realisierung durch tarifvertragliche Begründung von Beteiligungsrechten, Frankfurt a. M. 1973.
- Galbraith, John Kenneth: Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs. Vom Realitätsverlust der heutigen Wirtschaft, München 2005.
- Goldschmidt, Werner; Dieter Klein; Klaus Steinitz: Neoliberalismus. Hegemonie ohne Perspektive, Heilbronn 2000.
- Hickel, Rudolf: Die Demokratisierung des Unternehmens – Die Neomarxistische Konzeption, in: Internationale Stiftung Humanum (Hrsg.): Neomarxismus und Pluralistische Wirtschaftsordnung, Bonn 1979.
- Huffschmid, Jörg: Politische Ökonomie der Finanzmärkte, 2. Aufl., Hamburg 2002.
- Kamp, Lothar; Alexandra Krieger: Die Aktivitäten von Finanzinvestoren in Deutschland, Düsseldorf 2005.
- Kittner, Michael: Arbeitskampf. Geschichte, Recht, Gegenwart, München 2005.
- Mierzejewski, Alfred C.: Ludwig Erhard. Der Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft, München 2005.
- Müller, Gloria: Strukturwandel und Arbeitnehmerrechte. Die wirtschaftliche Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945 - 1975, Essen 1991.
- Müller-Armack, Alfred: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Bern-Stuttgart 1976.
- Negt, Oskar: Arbeit und menschliche Würde, 2. Aufl., Göttingen 2002.
- Ramonet, Ignacio: Die neuen Herren der Welt. Internationale Politik an der Jahrtausendwende, Zürich 1998.
- Rappaport, Alfred: Shareholder Value als Maßstab für Unternehmensführung, Stuttgart 1995.
- Reuter, Norbert: Arbeitgeber-Marktwirtschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10/2001.
- Schäfer, Claus: Weiter in der Verteilungsfalle – Die Entwicklung der Einkommensverteilung in 2004 und davor, in: WSI-Mitteilungen, Heft 11/2005.
- Stein, Ekkehart: Demokratisierung der Marktwirtschaft, Baden-Baden 1995.
- Welteke, Marianne: Theorie und Praxis der Sozialen Marktwirtschaft, Frankfurt a. M. 1976.
- Ziegler, Jean: Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher, München 2005.

# KATJA KIPPING, MICHAEL OPIELKA BODO RAMELOW

## »Sind wir hier bei >Wünsch dir was?«<<

### Thesen für einen neuen Sozialstaat

Der Linkspartei werden vor allem in der Sozialpolitik »illusorische Positionen« (Gerhard Schröder) vorgehalten. Der liberale Intellektuelle und frühere FDP-Politiker Ralf Dahrendorf meint, dass die Linkspartei der »Idylle« eines »europäischen Sozialmodells« anhängt, einer »behaglichen Welt«, in der ein wohlmeinender Staat sich um die Bürger kümmere.

Trotz und wegen des Bundestagswahlkampfes und über ihn hinaus ist es höchste Zeit, diesen Verächtlichmachungen des Sozialstaats einige Thesen für einen Umbau des Sozialstaats entgegenzustellen. Geschlagen wird die Linkspartei und »die Linke« – getroffen wird eine zivilisatorische Errungenschaft.

#### *Die Lage: Massenarbeitslosigkeit und Zukunftsangst*

Die Deutschen blicken pessimistisch in die Zukunft, wie alle Umfragen zeigen. Pessimismus ist freilich kein deutscher Nationalcharakter. Wir erinnern uns: Ende 1989 durchzog Optimismus ganz Deutschland. 1990 wurde Deutschland Fußballweltmeister. Ein einigtes Deutschland in einem vereinten Europa war kein Traum mehr. Acht Jahre Kohl-Regierung und sieben Jahre Rot-Grün seitdem haben aus dem Traum einen Angsttraum für immer mehr Menschen werden lassen. Seit Mitte der 1990er Jahre liegt die Arbeitslosigkeit unerträglich hoch. Junge Menschen sehen ihre Zukunft verhangen. Ältere Menschen sorgen sich um die jungen und fürchten wieder Armut.

Die Massenarbeitslosigkeit ist das Krebsgeschwür der deutschen Gesellschaft. Schuld an ihr seien, so der neoliberale Mainstream der Ökonomen, die Arbeitslosen selbst. Sozialleistungen, so die durch neoliberale Think-Tanks und willfähige Journalisten verbreitete These, erzeugen erst die Massenarbeitslosigkeit, weil sie erlauben, dass man nicht jede Erwerbsarbeit zu jedem Preis annehmen müsse. Die Folge dieser empirisch und theoretisch falschen Analyse waren die »Agenda 2010«, »Hartz IV« und die schwarze Wahlkampfbotenschaft »Sozial ist, was Arbeit schafft«. Die Folge sind zunehmende Verarmung, vor allem von Familien mit Kindern, und Hoffnungslosigkeit.

Die Entgegensetzung von wirtschaftlicher Effizienz und sozialer Gerechtigkeit ist nur dem möglich, der die Gesellschaft allein in betriebswirtschaftlichen Kategorien begreift. Dagegen wurden im 20. Jahrhundert in allen Industriegesellschaften sozialstaatliche Verfassungen erkämpft.<sup>1</sup>

Katja Kipping – Jg. 1978; Magister in Slavistik, Amerikanistik und Rechtswissenschaft; stellvertretende Bundesvorsitzende der Linkspartei/PDS, Abgeordnete der Linken im Bundestag, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion.

1 Der Sozialstaat lebt von einer zumeist unbegriffenen Dialektik von »Verlohnarbeiterung« und »Dekommodifizierung«. »Verlohnarbeiterung« heißt: Die Marktgesellschaft wurde durchgesetzt. An die Stelle agrarischer und handwerklicher Subsistenzproduktion tritt die umfassende Geldwirtschaft, an die Stelle von Selbständigkeit und Familienbetrieblichkeit tritt die Arbeitnehmerrolle und damit die Abhängigkeit von Arbeitgebern und Kapital. Die Arbeitskraft wird zur

Ware (»commodity«), sie wird »kommodifiziert«. »Dekommodifizierung« heißt: Durch Sozialpolitik wird die ökonomische Abhängigkeit der ArbeitnehmerInnen gelockert. Sie können »nein« sagen und sind trotzdem vor Armut geschützt.

Bodo Ramelow – Jg. 1956; Einzelhandelskaufmann mit Fachhochschulreife; 1981-1990 Gewerkschaftssekretär Mittelhessen, 1990-1999 Landesvorsitzender der Gewerkschaft HBV Thüringen; seit April 1999 Mitglied der PDS, seit 2004 im Bundesvorstand; 1999-2005 PDS-Fraktion im Thüringer Landtag (seit November 2001 Fraktionsvors.); seit 2005 Mitglied des Bundestages, stellv. Vors. der Fraktion DIE LINKE.

Sozialpolitik kam nicht von allein und vor allem nicht allein »von oben« zustande. Sozialpolitik war stets ein Kampf um soziale Demokratie, um existenzielle Freiheit und Sicherheit derjenigen, die nicht über große Vermögen und Produktionskapital verfügen. Der Sozialstaat wurde damit zum Garanten einer zivilisierten Gesellschaft. Freiheit und Gleichheit sind in ihr kein Gegensatz.

Heute wird behauptet: Diese zivilisatorischen Errungenschaften könnten wir uns im Zeitalter der Globalisierung nicht mehr leisten. Das ist falsch. Sozialpolitik ist auf jedem Niveau des wirtschaftlichen Wohlstandes einer Gesellschaft möglich. Die Kunst kluger Politik besteht darin, über den nationalstaatlichen Tellerrand hinaus zu blicken, Europa mitzudenken, internationale Standards zu erkämpfen und gleichzeitig die noch immer nationalstaatlich organisierten Steuer- und Abgabensysteme nachhaltig zu entwickeln. Kluge Sozialpolitik muss allerdings so organisiert werden, dass sie wirtschaftliche Effizienz fördert. Auch das ist möglich. Wir formulieren dazu ein Leitbild und einige konkrete Vorschläge.

### *Leitbild: Sozialpolitischer Realismus statt Markt- und Staatsideologie*

Die neoliberale Ideologie des Marktes verkürzt Gesellschaft auf Wirtschaft und auf den Nutzen der Wohlhabenden. Die altlinke Ideologie des Staates verkürzte Gesellschaft auf Bürokratie und auf den Nutzen der Parteiliten. Beide Ideologien waren und bleiben falsch. Sie waren und bleiben unrealistisch, weil sie die Bedürfnisse der Menschen und die komplexe Funktionsweise moderner Gesellschaften unterschätzen. Sozialpolitisch führte diese ideologische Kontroverse zu einer neoliberalen Politik der »Aktivierung«, einer faktischen »Pflicht zur Arbeit« einerseits, zur verzweifeltten Forderung nach einem staatlich garantierten »Recht auf Arbeit« andererseits.

Ein sozialpolitischer Realismus berücksichtigt demgegenüber

- die Interessen der Wirtschaft an Ressourcennachhaltigkeit (Ökologie), optimaler Infrastruktur und leistungsfähigen wie motivierten Arbeitskräften,
- die politischen Interessen der Bürgerinnen und Bürger an sozialer Sicherheit und Teilhabegerechtigkeit
- und die verletzlichen gemeinschaftlichen Ressourcen, das »Sozialkapital« einer Gesellschaft: das freiwillige Engagement, die familiäre Lebenswelt und das gegenseitige Vertrauen.

Ein sozialpolitischer Realismus konkretisiert sich in

- Abgaben- und Transfersystemen, die die Leistungsfähigkeit aller Beteiligten berücksichtigen und einen Anreiz zu Beschäftigung und Leistung geben, innerhalb und außerhalb des Erwerbssystems,
- Sozialsystemen, die wirksam vor Armut schützen, soziale Grundrechte garantieren und damit die Menschenwürde aller Bürgerinnen und Bürger,
- sozialen und gesundheitlichen Dienstleistungen, die professionell und selbsthilfefreundlich sind.

Ein realistischer Sozialstaat kann nicht »billig« sein. Ob die Sozialquote bei etwa 20 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) liegt (wie in den USA) oder bei fast 40 Prozent (wie in Skandinavien), ist dennoch nicht das Wichtigste. Die Linke sah das bisher meist anders.

Eine hohe Staatsquote galt ihr als Ausweis sozialer Gerechtigkeit. Marktideologen wiederum halten eine niedrige Staatsquote für ein Ziel an sich. Viel entscheidender ist jedoch, was konkret als »öffentliche Güter« gilt und wie diese finanziert werden.

Heute leben in Deutschland annähernd 40 Prozent der gesamten Bevölkerung überwiegend von sozialstaatlichen Umverteilungen. Dieser Anteil wird in den nächsten Jahrzehnten vor allem aufgrund demographischer Entwicklungen eher noch zunehmen. Umso wichtiger wird es sein, dass sich die Sozialpolitik realistisch auf das Wesentliche konzentriert.

### *Konkrete Vorschläge: Bürgerversicherungen und Grundeinkommen*

Im Zentrum eines realistischen Umbaus des Sozialstaats steht eine große Sozialreform: die Umstellung des noch immer berufsständisch gegliederten Systems der unter Fürst Bismarck eingeführten Arbeitnehmer-Sozialversicherungen zu einem umfassenden System von Bürgerversicherungen. Der Rückgriff auf die Erfahrungen der DDR liegt nahe, da dort nach 1949 – auch inspiriert von den britischen Ideen des Lord Beveridge – das Bismarck-System durch Staatsbürgerversicherungen abgelöst wurde. Doch das DDR-System bevorzugte einzelne Berufsgruppen sowie die staats- und parteinahen Eliten. Politische Vorgaben, das Interesse von Staat und Partei an sich selbst überforderten und verzerrten einen richtigen Ansatz. Mit der Wende wurde er komplett ausradiert. Das veraltete Bismarck-System der Bundesrepublik wurde über das vereinte Deutschland gestülpt, statt die Chance zu nutzen, für das neue Deutschland ein politikferneres, demokratisches Versicherungssystem zu entwickeln.

Statt in die Vergangenheit inspiriert uns ein Blick in den Süden, zum Nachbarn Schweiz. Dort wurde per Referendum schon 1947 eine Bürgerversicherung – die Rentenversicherung AHV – eingeführt und seitdem mehrfach weiterentwickelt, die alle Bürgerinnen und Bürger einschließt, durch eine Art Sozialsteuer auf alle Einkommen finanziert wird (derzeit 10,1 Prozent) und praktisch allen Rentnerinnen und Rentnern eine existenzsichernde Grundrente garantiert. Wir greifen diese Erfahrungen auf und bringen für Deutschland folgende Vorschläge in die Debatte ein:

- Sämtliche Systeme der Einkommenssicherung werden in einer Bürgerversicherung (»Grundeinkommensversicherung«) zusammengefasst: Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Krankengeld, Kindergeld, Elterngeld und Sozialhilfe (bzw. ALG II). Die Grundeinkommensversicherung wird durch »Sozialsteuern« auf sämtliche Einkommensarten (steuerliches Einkommen) ohne Bemessungsgrenzen finanziert (Schätzung: etwa 17-18 Prozent).

- Die Grundeinkommensversicherung garantiert allen Versicherten ein existenzsicherndes Grundeinkommen (ca. 700-750 Euro im Monat) sowie eine Grundrente im Alter (ca. 800 Euro). Sie zahlt maximal das Doppelte des Grundeinkommens, bei Arbeitslosigkeit ohne zeitliche Begrenzung (nicht nur 1 Jahr wie »Hartz IV«).

- Es gibt keine Arbeitspflicht. Wer nicht für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen möchte, erhält weiterhin das Grundeinkommen, wovon ein Teil (max. 50 Prozent) als Darlehen gezahlt würde (Gleichstellung mit »Bafög«).



- Sinnvollerweise wird – wie in den meisten EU-Staaten und in den USA – ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt, um nichtorganisierte Arbeitnehmer vor Lohndumping zu schützen.

Der Vorschlag einer Bürgerversicherung für alle Einkommensrisiken geht über die bisherige Programmatik der Linkspartei wie von Grünen und SPD weit hinaus. Wir sind überzeugt, die Mehrheit der Bevölkerung dafür gewinnen zu können und halten breite politische Debatten und schließlich ein bundesweites Referendum für sinnvoll.

Für die Reform der Krankenversicherung halten wir das Schweizer Modell der »Kopfpauschale« – das als »soziale Gesundheitsprämie« von CDU/CSU vertreten wird – für zu kompliziert, zu teuer und sozial ungerecht. Wir lassen uns hier vom österreichischen Modell einer Bürgerversicherung inspirieren und schlagen vor:

- Alle Krankenversicherungen werden als Bürgerversicherung ohne Beitragsbemessungsgrenze über eine »Sozialsteuer« (Schätzung: etwa 7-8 Prozent auf alle Einkommen) finanziert.

Statt bisher 41-42 Prozent Sozialversicherungsbeitrag werden mit Bürgerversicherungen und Grundeinkommen nur noch etwa 25 Prozent Sozialsteuern fällig – freilich ohne Beitragsbemessungsgrenze. Im Gegenzug – und natürlich nur dann – kann der Spitzensteuersatz auf 25 Prozent reduziert werden. Höchstverdiener zahlen damit stets 50 Prozent Steuern und faktisch eine Mindeststeuer von 25 Prozent, während sie heute zu den Sozialsystemen und ihrer Umverteilung kaum beitragen. Die Mehrheit der Arbeitnehmer zahlt dramatisch weniger als heute, was den Arbeitsmarkt entlastet und die Arbeitslosigkeit spürbar senken wird. Familien und Geringverdiener werden besonders entlastet. Erwerbsarbeit und Sozialstaat werden entkoppelt. Beide Systeme der Bürgerversicherungen könnten zusätzlich noch aus dem allgemeinen Staatshaushalt und damit auch aus Verbrauchs- bzw. Umsatzsteuern (Ökosteuer, Wertschöpfungsabgaben usf.) finanziert werden (auch in der Schweiz gibt es einen Bundes- wie Kantonalzuschuss), was den Sozialsteuersatz wiederum senkt oder langfristig stabil hält.

Eine realistische Sozialpolitik umfasst natürlich noch viele weitere Elemente. Eine umfassende Bürgerversicherung mit integriertem Grundeinkommen erscheint uns jedoch als Schlüsselprojekt. Ist das »links«? Im deutschen Koordinatensystem vor der Bundestagswahl 2005 sieht es so aus. »Sind wir hier bei ›Wünsch dir was‹?« – mit diesem Spruch kann man politische Visionen killen oder das Denken schärfen. Wir plädieren für Letzteres.

TOBIAS SCHULZE

## Internet und Brechts Radiotheorie

Mit der Verbreitung des Internets ab Mitte der 90er Jahre hat sich die Kommunikations-, aber auch die Politikwissenschaft mit der Frage nach der Veränderung der politischen Kommunikationsstrukturen durch dieses Netzmedium beschäftigt.<sup>1</sup> Diese Diskussionen spielten bei der Verbreitung neuer technologischer Möglichkeiten immer eine große Rolle, wie nicht zuletzt Brechts »Radiotheorie«, Habermas' »Strukturwandel der Öffentlichkeit« oder auch Enzensbergers »Medientheoriebaukasten« zeigen. Es galt immer wieder die Frage zu bearbeiten, wie die neuen technischen Möglichkeiten neue Horizonte für die politische Kommunikation eröffnen und damit auch gesellschaftliche Machtverhältnisse verändern können.

Das Internet als neuestes, neuartiges und schnell wachsendes Medium wird ebenso dieser Fragestellung unterworfen. Dabei sind verschiedene theoretische Zugänge denkbar, »basisdemokratiethoretische« nach Habermas, systemtheoretische nach Luhmann oder etwa (sub-)kulturell bewegungsorientierte Ansätze der Neuen Linken. Eine explizit materialistische Methode der Untersuchung des Internets als Kommunikationsmedium und Produktionsmedium wurde bisher eher vernachlässigt, wohl auch, weil diese in der egalitaristischen Euphorie der New Economy als überholt angesehen wurde und eine solche Methode in der Kommunikationswissenschaft ohnehin rar ist.<sup>2</sup>

Die derzeitigen politökonomischen Prozesse, die Krise der Erneuerungs- und Ausgleichsfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems und der bürgerlichen Gesellschaft, lassen eine solche Methodik jedoch wieder fruchtbar erscheinen. Die fordistische Produktionsweise und mit ihr die relative Vereinbarkeit der Interessen von proletarischen und besitzenden Klassen hat sich überholt. Die Gegensätze zwischen beiden verschärfen sich.<sup>3</sup> Selbst in den Massenmedien alten Typs ist der Neoliberalismus als Ideologie des Klassenkampfes von oben inzwischen als Begrifflichkeit und als Triebkraft gesellschaftlicher Entwicklung gekennzeichnet, weil die negativen Folgen – Arbeitslosigkeit, Billiglöhne und prekäre Arbeitsverhältnisse – kaum noch zu überdecken sind. In dialektischer Weise ist die Entwicklung weltweiter Datennetze in diese Prozesse eingebunden, ja verschärft sie sogar, treibt sie voran. Darauf wird zurückzukommen sein.

Brechts Radiotheorie eignet sich in besonderer Weise als methodische Schablone für eine materialistische Analyse der Veränderungen, die durch die technische Entwicklung im Bereich der weltwei-

Tobias Schulze, Jg. 1976; gelernter Buchhändler. Studium der Betriebswirtschaftslehre an der FHTW Berlin. Seit 2001 Studium der Neueren deutschen Literatur, der Kommunikations- und der Politikwissenschaft an der FU Berlin. Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung, politisch aktiv in der Linkspartei Berlin, u. a. in der Wissenschafts- und Hochschulpolitik.

1 Siehe die Texte zu Politik und Internet, die alle diese Disziplin bedienen.

2 Ausnahmen sind die Texte von Rainer Rilling, Ernst Lohoff, Stefan Meretz u. a., die das Thema vor allem unter produktions- und werttheoretischen Fragestellungen behandeln.

3 Vgl. zur Analyse: Joachim Bischoff, Sebastian Her-

ten Datennetze vorangetrieben werden. Zum einen nimmt er Aspekte der Kommunikation und der Ökonomie in den Blick, zum anderen versucht Brecht, die gewonnenen Erkenntnisse in eine medienästhetisch-politische Utopie zu gießen. Brecht geht davon aus, dass die Entwicklung der technischen Möglichkeiten, der Produktivkräfte in Richtung der Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse drängt. Die Entstehungszeit dieser Theorie, die krisengeschüttelten Endjahre der Weimarer Republik, dürften – neben aller Technikbegeisterung – Brechts Auge für die Bedeutung von Kommunikationsprozessen geschärft haben. Dieser Blick, der Analyse und visionäre Elemente gleichermaßen einschließt, soll für diese Arbeit übernommen werden.

Die mit dem Rückgriff auf Brecht zu stellenden Fragen lauten also: Kann das Internet, wie es derzeit funktioniert und verfasst ist, einen Beitrag zur politischen Emanzipation der Menschen von den Machtstrukturen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft leisten? Lässt sich Brechts utopischen Forderungen aus den 30er Jahren mittels WWW, Email und Chat ein realistischer Kern zuschreiben? Gelten die alten Gesetze von Ware, Geld und bürgerlicher Macht im Internetkapitalismus noch? Oder muss Brechts doch recht epochenübergreifend formulierte Theorie ins Reich der Historie verbannt werden?

Diese Fragestellung schließt die Analyse der ökonomischen Verhältnisse des Netzes ebenso ein wie die Erkundung von Strukturen einer möglichen subversiven Gegenmacht im Netz. Abschließend kann dies alles nicht beantwortet werden, die Veränderungen vollziehen sich rasend, so dass fünf Jahre alte Literatur zum Thema bereits weit hinter dem heutigen Stand der Entwicklung herhinkt. Dies darf jedoch nicht dazu verleiten, eine theoretisch fundierte Aufarbeitung der Entwicklung der neuen Medien aus materialistischer Perspektive zu vernachlässigen. Diese dürfte sich in vielen Erkenntnissen von der massenhaft verbreiteten Fragestellung nach Bürgerbeteiligung im Internet, also der Nutzung des Netzes für klassisch parlamentarisch-demokratische Prozesse unterscheiden. Diese Arbeit unter Bezug auf Brechts Theorie wird denn auch auf diese Untersuchungen zurückgreifen und Unterschiede herausarbeiten.

### *Eine nicht bestellte Erfindung in der kapitalistischen Ökonomie*

Das Internet sei ganz sicher nicht »als Reaktion auf ein massenhaft artikuliertes Bedürfnis nach einem Mehr an direkter Demokratie in die Welt getreten«, schrieb Erich Ribolits 2001.<sup>4</sup> Auch wenn fraglich ist, wie dieses Bedürfnis artikuliert werden könnte, kann ihm in der Feststellung Recht gegeben werden, dass die Zivilgesellschaft nicht auf dieses Medium »gewartet«, es nicht zielgerichtet zu ihrem Nutzen entwickelt hat. Da muss auch der These von Ernst Lohoff widersprochen werden: »So gut wie alle technologischen und prozesstechnischen Innovationen, die der Kapitalismus hervorgerufen hat, sind Ausgeburten warengesellschaftlicher Rationalität. Kaum eine Neuerung, die auch nur den Horizont technischer Realisierung erreicht hätte, der diese Herkunft nicht auch anzusehen ist. Die mikroelektronische Revolution und die Computertechnologie machen davon am allerwenigsten eine Ausnahme.«<sup>5</sup> Das Internet wurde auf Bestellung militärischer Befehlsstäbe erfunden. Seine zivile, auch

kommer, Hasko Hüning: Unsere Klassengesellschaft. Verdeckte und offene Strukturen sozialer Ungleichheit, Hamburg 2002.

4 Erich Ribolits: Neue Medien und das Bildungsideal (politischer) Mündigkeit, in: Filzmaier, Peter: Internet und Demokratie. The state of online politics, Innsbruck 2001, S. 155 ff.

5 Ernst Lohoff: Die Ware im Zeitalter ihrer arbeitslosen Reproduzierbarkeit. Unter [http://www.krisis.org/e-lohoff\\_politische-oekonomie-information.html](http://www.krisis.org/e-lohoff_politische-oekonomie-information.html) (Zugriff am 18. 5. 2005)

6 Sandra Dusch: Theorie des Cyberwar – Cyberwar der Theorie, in: antimilitarismusinformation, 8/2000, S. 73 ff. sowie Rainer Rilling: Eine Bemerkung zur Rolle des Internets im Kapitalismus. Unter <http://www.rainer-rilling.de/texte/kapitalismus.htm> (Zugriff am 28. 5. 2005)

7 Ein Querschnitt diverser Studien zum Thema unter <http://www.digitale-chancen.de/content/stories/index.cfm/key.399/secid.16/secid2.49> (Zugriff am 26. 5. 2005)

warenförmige Nutzung war eher ein »Abfallprodukt« der militärischen.<sup>6</sup> Die inzwischen weltumspannenden Computernetze nutzen für die Verbindung bisher Telefonleitungen. Langsam setzt sich auch die Datenübertragung über Mobilfunknetze durch. Geleitet werden die Daten über Knotenpunkte, die alle gleichberechtigt Daten empfangen und senden können. Möglich wird dieser Austausch über standardisierte Protokolle. Der bekannteste und meistgenutzte Austausch ist das Anbieten von Seiten im WWW, einem Netz, das auf dem Hypertextprotokoll (http) basiert. Daneben gibt es jedoch auch Möglichkeiten des Austausches in Echtzeit (Chat u. ä.) sowie des multimedialen Austausches (ftp, PtP etc.) und natürlich der E-mail-Kommunikation.

Das Internet hat eine rasende Verbreitung gefunden. In Deutschland hat inzwischen mehr als die Hälfte der Erwachsenen einen Internetzugang.<sup>7</sup> In den Ländern der EU sieht dies ähnlich aus:

### Internetnutzung durch Privatpersonen und Unternehmen 2004 (in %)

	Anteil der Internet-Nutzer				Anteil der Besitzer eines Breitbandanschlusses	
	Privatpersonen**			Unternehmen**	Haushalte**	Unternehmen**
	Insges.	Männer	Frauen			
<b>EU25*</b>	<b>47</b>	<b>51</b>	<b>43</b>	<b>89</b>	<b>:</b>	<b>53</b>
Belgien	:	:	:	96	:	70
Tschechische Republ.	:	:	:	90	:	38
Dänemark	76	79	73	97	36	80
Deutschland	61	65	57	94	18	54
Estland	50	50	51	90	20	68
Griechenland	20	23	16	87	0	21
Spanien	40	45	36	87	15	72
Frankreich	:	:	:	:	:	:
Irland	:	:	:	92	3	32
Italien	31	37	26	87	:	51
Zypern	32	36	28	82	2	35
Lettland	33	34	33	:	5	:
Litauen	29	30	29	81	4	50
Luxemburg	65	74	57	:	16	:
Ungarn	28	30	26	78	6	:
Malta	:	:	:	:	:	:
Niederlande	:	:	:	88	:	54
Österreich	52	58	46	94	16	55
Polen	29	30	28	85	8	28
Portugal	29	32	27	77	12	49
Slowenien	37	39	35	93	10	62
Slowakei	:	:	:	:	:	:
Finnland	70	70	71	97	21	71
Schweden	82	83	80	96	:	75
Vereinigtes Königr.	63	67	59	87	16	44
Bulgarien	:	:	:	62	:	28
Rumänien	:	:	:	52	:	7
Türkei	13	19	8	:	0	:
Island	82	84	81	:	45	:
Norwegen	75	79	71	86	30	60

\* EU25, ohne Mitgliedsstaaten, für die keine Daten vorliegen

\*\* Berichtszeitraum; Privatpersonen und private Haushalte: erstes Quartal; Unternehmen: Januar;

: Daten nicht verfügbar

Quelle: EU; Unter: [www.digitale-chancen.de/content/stories/index.cfm/key.1955/secid.16/secid2.49](http://www.digitale-chancen.de/content/stories/index.cfm/key.1955/secid.16/secid2.49)

Wie zu sehen ist, nutzen auch fast alle Unternehmen inzwischen das Netz. Für unsere Analyse ist entscheidend, dass die Digitalisierung der kapitalistischen Wirtschaft zu einer rasenden Entwicklung der Produktivkräfte und zur dynamischen Rationalisierung in der Warenproduktion führt. Hier laufen verschiedene Prozesse parallel, von denen die Computernetze nur einen Teilaspekt bilden. Diese Umwälzung erreicht auch die Kapitalmärkte. Die Mobilität des weltweit massenhaft akkumulierten Kapitals hat sich stark vergrößert, seit die internationalen Börsen elektronisch handeln, sich Informationen extrem schnell verbreiten lassen und selbst der Kleinanleger seine Investments im Internet disponieren kann.<sup>8</sup>

Beachtenswert ist die Vielfältigkeit und Umfang, mit der die Datennetze in die ökonomischen Prozesse des Spätkapitalismus eingreifen: Der Einsatz von vernetzten Computern trägt zur Rationalisierung sämtlicher Wirtschaftsprozesse (Investition, Spekulation, Produktion, Konsum) und deshalb auch zur Verschärfung der Widersprüche und damit zur Krise bei. Der marktförmige Wettbewerb wird durch vernetzte Kommunikation in allen Bereichen verschärft. Rilling nennt dies die »Verallgemeinerung privater Eigentumsverhältnisse«<sup>9</sup>. Dazu mehr im 6. Kapitel.

Doch das Netz ist nicht nur Werkzeug zur, sondern auch Gegenstand von Kommodifizierung und selbst ein großer Wirtschaftszweig. Hier unterscheidet sich das Internet von dem Rundfunk der 30er Jahre enorm: Es ist nicht nur Anhängsel des Kulturbetriebs, sondern durchdringt nach und nach Kernprozesse kapitalistischer Ökonomien. Ein steigender Teil der gehandelten Waren und der nötigen Vorprodukte hat nichtkörperlichen, virtuellen Charakter und besteht vor allem aus Information.<sup>10</sup>

Mit der Bedeutung des Computers in der Wirtschaft stieg auch seine Bedeutung als Leitbild einer neuen Wirtschaftsweise. »Es begannen die internationale Diskussionen um die ›Automation im Kapitalismus‹ und was zunächst als ›Datenverarbeitung‹ (EDV) im wesentlichen auf die Organisation der Produktion und ihre Rationalisierung hin gedacht war, wurde als ›Informations- und Kommunikationstechnik‹ (IuK) dann aus dieser Begrenzung entlassen und spätestens Mitte der 90er Jahre endgültig als die zentrale Leittechnik des modernen Kapitalismus mit allgemeinem gesamtwirtschaftlichem und gesamtgesellschaftlichem Ankoppelungs- oder gar Durchdringungspotential gehandelt.«<sup>11</sup>

Der Boom der New Economy und ihr schnelles Ende<sup>12</sup> machen jedoch deutlich, dass die in das Internet gesetzten Hoffnungen überbordenden Wirtschaftswachstums und Teilhabe vieler Menschen an der Umwälzung der Produktivkräfte zumindest vorerst Illusionen bleiben. Rillings Analyse, dass mit dem »Internetkapital« neue Akteure im internationalen Kapitalismus aufgetreten seien, soll hier mit Blick auf mächtige Mischkonzerne im Medienbereich zumindest angezweifelt werden.<sup>13</sup> Nach dem Zusammenbruch des Internet-Booms konsolidierte sich der Medienbereich vor allem durch den Aufkauf neuer Ideen durch alte Unternehmen, das Internet lässt die Wirtschaft insgesamt nicht wachsen. Es dient vor allem der Rationalisierung und Beschleunigung kapitalistischer Wirtschaftsprozesse und hat insofern einen Teil seiner Zweckhaftigkeit im Sinne einer fortschreitenden Entwicklung unter Beweis gestellt.

8 Vgl. zur Debatte aus sozialistischer Sicht: Helge Mewes: Der Dampfmaschinenkapitalismus und das Kommunikationsmedium Internet, in: UTOPIE kreativ Heft 137. Unter [www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Utopie\\_kreativ/137/137\\_meves.pdf](http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/137/137_meves.pdf) (Zugriff am 28. 5. 2005)

9 Rainer Rilling: Eine Bemerkung zur Rolle des Internets im Kapitalismus. Unter <http://www.rainer-rilling.de/texte/kapitalismus.htm> (Zugriff am 28. 5. 2005)

10 Die eindringlichsten Beispiele für erfolgreiche Kommodifizierungsprozesse sind derzeit ebay, Spiegel-Online und iTunes.

11 Rainer Rilling: Eine Bemerkung zur Rolle des Internets, a. a. O.

12 Vgl.: <http://www.netplanet.org/geschichte/neunziger.shtml> (Zugriff am 1. 6. 2005)

13 Vergleiche etwa die Geschichte des französischen Vivendi-Konzerns: Tiefe Umwälzungen in Frankreich, in: Süddeutsche Zeitung vom 26. April 2000.

*Von der Distribution zur Kommunikation?*

Brecht traf für den Rundfunk der 20er Jahre die Feststellung, dass diese Erfindung »sich ihren Markt erst erobern, ihre Daseinsberechtigung erst beweisen« müsse:<sup>14</sup> »Nicht Rohstoff wartete auf Grund eines öffentlichen Bedürfnisses auf Methoden der Herstellung, sondern Herstellungsmethoden sehen sich angstvoll nach einem Rohstoff um.«<sup>15</sup> Diese Analyse kann überwiegend auch für das Internet in der westlichen Hemisphäre geltend gemacht werden. Richtig ist, dass die neuen »Apparate« Entwicklungspotenziale beherbergen, die bei ihrer Erfindung nicht impliziert waren und mit denen die herrschende Kommunikationsindustrie in den letzten Jahren nur wenig mehr anzufangen wusste, als alte Angebote für das neue Medium zu adaptieren. Brechts Polemik, man könne über das neue Medium Rundfunk »auf englisch bei den Klängen des Pilgerchors Hühner züchten«, es sei ein »akustisches Warenhaus«, Angebote würden »billig wie Leitungswasser«, lässt sich für die Anfangszeit des Internets bestätigen.<sup>16</sup> Brecht bezeichnet diesen Zustand als »Jugendzeit« des Mediums. Das Netz ist fortlaufend Umbrüchen unterworfen. Nur wenige Internetprodukte der Gründerzeit haben sich als im Markt sinne überlebens- und profitfähig erwiesen. Dazu zählen etwa Versand- und Markthandlungen aller Art wie Amazon und Ebay. Oder auch neuartige und medienspezifische Angebote wie Suchmaschinen und Preisagenturen. Viele andere, bisher nicht warenförmig angebotene Dienste und Produkte können nicht überleben. Sie werden derzeit einem Prozess des »Ausschlusses durch Kommodifizierung« (Rilling) unterworfen. Wie sich diese Kommodifizierung auswirkt, lässt sich an der Entwicklung von Filesharing-Tools<sup>17</sup> und der Onlineangebote von Zeitungen und Medien veranschaulichen. Obwohl die Distributions- und Kommunikationsmöglichkeiten über das Netz diverse Vorteile bieten, stellten wichtige Medien ihre vorherig kostenlosen Onlineangebote ganz oder teilweise auf »Probier«angebote um, die nicht mehr den vollen oder einen komplett anderen Inhalt als die klassischen Ausgaben bieten, so etwa die FAZ, die Zeit und das Handelsblatt. Im derzeitigen ökonomischen Regime ist das Netz also vor allem Ersatz für bisherige Distributionsformen und Rationalisierungsinstrument in Produktion, Distribution und Marketing. Wo die umfassenden Möglichkeiten des neuen Mediums nicht profitabel sind, werden sie auch nicht genutzt.

In den letzten Jahren, nach dem Abklingen der Startup-Euphorie und der wirtschaftlichen Boom-Phase bis 2001, treten neue Nutzungsaspekte in den Vordergrund, die die interaktiven und kommunikativen Fähigkeiten des Mediums betonen. Dies soll an zwei Beispielen verdeutlicht werden: Das Informationsportal indymedia.org wurde 1999 im Rahmen der globalisierungskritischen Proteste gegen den G8-Gipfel in Seattle gegründet, um Informationsweitergabe abseits der offiziellen Medien zu ermöglichen. Mittlerweile existieren 160 länderspezifische Portale. Die indymedia-Portale haben keine Redaktionen und funktionieren eher wie ein Forum, in dem Nutzer die Möglichkeit haben, Beiträge zu verfassen und diese auch zu kommentieren. Der Unterschied zwischen Redakteuren und Lesern soll möglichst gering gehalten werden. Das Konzept der Gründungsphase beschrieb eine Aktivistin des Vorläuferportals nadir.org so:

14 Bertolt Brecht: Der Rundfunk als Kommunikationsapparat, in: Bertolt Brecht: Werke. Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe (GBA). Berlin/Frankfurt 1988, Band 22, S. 552.

15 Ebenda.

16 Siehe nächsten Abschnitt.

17 Viele Filesharing-Plattformen wie Napster oder KaZaa wurden von der Unterhaltungsindustrie mit Klagen überzogen und mussten schließen. Eine neue Strategie der Konzerne gegen das Tauschen von Dateien ist das massenhafte Verbreiten fehlerhafter Dateien, wie der Autor aus eigener leidvoller Erfahrung berichten kann.

»indymedia hat sich die Aufgabe gestellt, mit einem radikaldemokratischen Ansatz einen Kampf anzugehen, der mit härtesten Bandagen geführt wird: der Kampf um Aktualität. Für die Linke ist der Kampf um Aktualität deshalb so attraktiv, weil es so ist, dass der, der zuerst die Information liefert, in der pole position um die Einordnung des Geschehens im gesellschaftlichen Diskurs ist.«<sup>18</sup> Der logistische Aufwand dafür ist minimal. Einige indymedia-Seiten werden moderiert, um Störaktionen und vor allem rechtsradikale Einträge zu verhindern. Grundsätzlich kann jedoch jeder Nachrichten unzensuriert einstellen. Die Qualität dieser Nachrichten muss sich dann in der Diskussion mit anderen beweisen. Genutzt wird dieses Portal vielfältig, in Deutschland vor allem durch Globalisierungskritiker wie attac und die autonome Antifa-Szene. Peter Nowak zieht zum fünften Geburtstag 2004 auch ein eher ernüchterndes Fazit der umwälzenden Wirkung der neuen Plattform: »Anders als manche Netzaktivisten [...] erhofften, hat indymedia nicht zu einer größeren Einbeziehung von Menschen in die politische Debatte geführt. Genau so wie im realen Leben ist auch in der virtuellen Welt die Zahl der Aktivist:innen klein aber beharrlich.«<sup>19</sup> Dass indymedia zum Medium einer politischen Szene werden könnte, war jedoch bei Gründung neben der Frage der Deutungsmacht im Diskurs durchaus impliziert: »Der protestierenden (Hyper-)gesellschaft wurde mit indymedia zum ersten Mal ein Mittel in die Hände gelegt, mit der sie sich selbst in ihrer eigenen Geschwindigkeit abbilden konnte. Noch nie war es so einfach, Teil einer Jugendbewegung zu sein. Indymedia bietet dieser Meute ihre Spiegelung im narzistischsten Sinn.«<sup>20</sup> Dieses Verständnis dürfte zum Teil auch im Sinne Brechts gewesen sein, dessen »Lernt zu siegen!« aus dem Film »Kuhle Wampe« durchaus im sportlichen und damit unterhaltsamen Sinne zu den Bildern wettkämpfender Arbeiter gesungen wurde. Die Begrenzung dieses Mediums auf eine kleine, eher selbstreferenzielle Szene war aber nicht die durchdringende Wirkung, die Brecht sich langfristig von einem demokratischen Medium versprach, dazu jedoch später mehr. Hier soll indymedia vor allem als zumindest stabil arbeitendes Netzwerk schreibender Leser vorgestellt sein.<sup>21</sup>

Ein nutzerfreundlich strukturiertes Konzept schreibender Leser verfolgen die Seiten wikinews.de und wikipedia.de. Während erstere im Prinzip eine große kommentierte Nachrichtensammlung mit eigenen Nachrichten und Kommentaren ist, stellt die zweite Seite ein Offenes Lexikon dar, das als dynamischer Wissensspeicher bezeichnet werden kann. Gemeinsam ist ihnen der für alle offene Zugang zu den Produktionsressourcen, die Möglichkeit des Kommentars für Leser und der nichtkommerzielle Charakter der Projekte.

Ein eher neues Phänomen der netzwerkartigen Nachrichtenproduktion sind die Weblogs, auch Blogs genannt.<sup>22</sup> Grundlage dieser ist ein vorgefertigtes Grundgerüst einer Website, auf die sehr einfach Inhalte einzustellen sind (Content Management), ohne dass Kenntnisse in Programmiersprachen erforderlich werden. Insofern senken Weblogs massiv die technischen Zugangshürden, die bisher vor dem selbständigen Aufheben des Gegensatzes von Empfängern und Sendern stand.<sup>23</sup> Ursprünglich als ständig aktuelle Linksammlungen entstanden, stellen viele Weblogs eine Mischung aus Tagebuch, persön-

18 Internet als Praxisfeld. ak – analyse+kritik Nr. 448. 3/2001. Unter [www.akweb.de/ak\\_s/448/32.htm](http://www.akweb.de/ak_s/448/32.htm) (Zugriff am 18. 6. 2005)

19 Peter Nowak: Ziviler Ungehorsam im 21. Jahrhundert. Unter: [www.heise.de/tp/r4/artikel/18/18887/1.html](http://www.heise.de/tp/r4/artikel/18/18887/1.html) (Zugriff am 18. 6. 2005)

20 Internet als Praxisfeld. ak – analyse+kritik Nr. 448. 3/2001. Unter [www.akweb.de/ak\\_s/448/32.htm](http://www.akweb.de/ak_s/448/32.htm) (Zugriff am 18. 6. 2005)

21 indymedia hat durchaus mit der Staatsmacht zu kämpfen. So geschehen im Nachgang des G8-Gipfels in Evian, als FBI verschiedene Server von indymedia beschlagnahmte. Vgl. Dalmiano Volgolio: Spur der Zensoren führt nach Rom und Zürich, in: *junge welt* vom 11. Oktober 2004.

22 Vgl.: Robert Chromow: So vielseitig sind Weblogs. Unter [www.akademie.de/programmierung-administration/tipps/allgemein/weblogs-einfach-vielseitig.html](http://www.akademie.de/programmierung-administration/tipps/allgemein/weblogs-einfach-vielseitig.html) (Zugriff am 18. 6. 2005)

23 Vgl.: Wiebke Loosen: Das Ende der Verheißungen? Technisch und ökonomisch determinierte Beschränkungen des »freien« Informationszuganges im World Wide Web, in: Ursula Maier-Rabler, Michael Latzer (Hrsg.): *Kommunikationskulturen zwischen Kontinuität und Wandel. Universelle Netzwerke für die Zivilgesellschaft*, Konstanz 2001. S. 287 ff.

lichem Kommentar und Bericht sowie Diskussionsforum dar. Auch wenn der technische Dienst zunehmend kostenpflichtig gemacht wird, bleibt die inhaltliche Demokratisierung im Sinne gleich einfacher Ausgangsbedingungen für alle Sender doch bestehen. Die inhaltliche Ausrichtung der Weblogs differenziert sich zur Zeit stark aus und reicht vom privaten Tagebuch über Medienbeobachtung bis zu politischer oder kommerzieller Nutzung. In einem Weblog wird die Folge der Massenverbreitung dieser Plattform folgendermaßen charakterisiert:

1. vom passiven Publikum zum aktiven User
2. von Medien zum Inhalt
3. von Monomedien zu Multimedia
4. vom periodischen Erscheinen zu Echtzeit
5. von Knappheit zu Überfluss
6. von »Redaktionsvermittelt« zu direkt
7. von Distribution zu Zugang (der User sucht, surft, navigiert und entscheidet selbst)
8. von Einweg-Kommunikation zu Interaktivität
9. von linear zu Hypertext
10. von Daten zu Wissen<sup>24</sup>

Das Prinzip von indymedia wird denn auch von so genannten community weblogs aufgegriffen und verallgemeinert. Da sich übergreifende thematische Weblogs als Ein-Personen-Projekte kaum wiederfinden und sinnvoll betreiben lassen, haben sich User zu Kollektiven zusammengeschlossen.<sup>25</sup> Interessant an dieser Art der Informationsverbreitung ist die völlige Aufhebung des Anspruchs der Objektivität als Folge der nichtwarenförmigen Nachrichtenverbreitung, Weblogs wollen nichts anderes sein als subjektiv. Ein Blogger bezeichnet dies als »die direktere und rauere Art der Nachrichtenverbreitung.«<sup>26</sup> Tendenziell werden damit die Ausgangsvoraussetzungen der klassischen Theorien der Massenkommunikation in der bürgerlichen Gesellschaft beseitigt, indem klassische »Gatekeeper«/Vermittler ihre herausgehobene Stellung verlieren.<sup>27</sup> Dies wird nicht nur begrüßt. So glaubt Erich Ribolits nicht an die emanzipatorische Wirkung nichthierarchischer Kommunikation: »Dass es im Internet keine Zensurstelle, keine Lektoren und Redakteure gibt, die Freiheit des Wortes also uneingeschränkt gegeben scheint und niemand behindert wird, seine Botschaften unters Volk zu bringen, verschleierte nämlich weitgehend, dass Informationen nichtsdestotrotz nur über ihren Kontext zur Macht Bedeutung gewinnen.«<sup>28</sup> Ribolits streift hier unsere Grundproblematik von der neuen Kommunikation, die, wie Brecht meint, eine Utopie sei und es sich lohne, darüber nachzudenken, warum diese utopischen Charakter habe.<sup>29</sup> Über die Neuerungen, die in dieser Gesellschaftsordnung durchführbar sein könnten, geht es im folgenden Abschnitt.

### *Internet und bürgerliche Politik*

Die skizzierten Entwicklungen werden auch in der bürgerlichen Politik- und Kommunikationswissenschaft, durchaus mit Rückgriff auf Brecht, aber auch auf Enzensberger diskutiert. Viele der AutorInnen,

24 Unter <http://referat-weblogs.blog.de>. Eintrag vom 16. 6. 2005. (Zugriff am 18. 6. 2005)

25 Julia Schmid, Hans-Martin Engeser: Community Weblogs: Mittendrin statt nur dabei. Unter [www.onlinejournalismus.de/forschung/communityweblogs.php](http://www.onlinejournalismus.de/forschung/communityweblogs.php) (Zugriff am 22. 6. 2005)

26 Unter <http://referat-weblogs.blog.de>. Eintrag vom 25. 5. 2005. (Zugriff am 18. 6. 2005)

27 Die Diskussion darüber wurde in den Anfangszeiten der Massenverbreitung des Internets eher prophetisch und theorielastig als empirisch geführt. Vgl. Philomenon Schönhausen: Soziale Kommunikation im Internet. Zur Theorie und Systematik computervermittelter Kommunikation vor dem Hintergrund der Kommunikationsgeschichte, Bern 2004. Oder Irene Neverla: Das Netz – eine Herausforderung für die Kommunikationswissenschaft, in: Maier-Rabler/Latzer (Hrsg.): Kommunikationskulturen, a. a. O., S. 29 ff.

28 Erich Ribolits: Neue Medien und das Bildungsideal, a. a. O., S. 161.

29 Bertolt Brecht: Der Rundfunk als Kommunikationsapparat, a. a. O., S. 554.



die vor der Entwicklung des Internets an einer bürgerlichen Demokratisierung der Massenmedien gearbeitet haben, haben wie Erich Ribolits Probleme mit der Entmachtung von Vermittlungsinstanzen. Diese sollten die Aufgabe wahrnehmen, das Machtgefälle zwischen Sendenden und Empfangenden zu verringern und die Interessen zu vermitteln. Doch die Konzeption der Massenmedien in der bürgerlichen Demokratie soll hier, Thilo Harth folgend, noch einmal zusammengefasst werden. Diese nähmen eine Schlüsselstelle ein, »weil wir auf die Wirklichkeitsvermittlung durch die Massenmedien angewiesen sind.«<sup>30</sup> In einer Demokratie sei der Prozess der politischen Willensbildung ein durch die Massenmedien vermittelter Kommunikationsprozess. Grundlage für diesen Prozess sei »die Schaffung einer »gemeinsamen, fiktiven Wirklichkeit« durch »die Reduktion von Komplexität.«<sup>31</sup> Dies bezeichnet Harth als Bildung von Öffentlichkeit. Weiterhin hätten Massenmedien die Funktion, den Bürgern Bildung im Sinne der Vermittlung von Wissen, und Information über relevante Ereignisse zu vermitteln. Und nicht zuletzt sollen die Massenmedien der »Einübung und Tolerierung inhaltlicher Pluralität«, der Kontrolle der Politik sowie der Möglichkeit von Interessengruppen, sich zu artikulieren, dienen.<sup>32</sup> In dieser Konstruktion drückt sich bereits aus, was Brecht als Folgenlosigkeit der Institutionen und die Systemtheorie als selbsterhaltendes System analysiert. Den Menschen wird das Erkennen ihrer Situation mittels der eigenen Wahrnehmung nicht zugetraut, Vermittlung und sogar die Herstellung einer fiktiven Realität seien nötig. In dieser Konzeption kommt ein Klassengegensatz zum Vorschein, der mit Brecht als »Mächte der Ausschaltung und Ausgeschaltete« bezeichnet werden kann. Ein ganzes System, »die ideologischen Institute«, beschäftigt sich mit der Aufrechterhaltung der Fiktion, dass im »Wettbewerb« der parlamentarischen Parteien und Interessengruppen der beste Weg im Sinne der großen Masse der Menschen gefunden wird. Dabei folgen die Massenmedien eigenen Spielregeln, die von den Parteien und von den Eigentümern der Medienunternehmen sowie den Werbepartnern bestimmt werden. Diese entscheiden, was öffentlich wird und nicht die Adressaten.

Das Internet wurde, wie bereits bemerkt, von vielen Kommunikations- und Politikwissenschaftlern ambivalent gesehen. Man warf dem neuen Medium die Zerstörung der komplexitätsreduzierenden Funktion und damit die »Privatisierung der Öffentlichkeit« vor.<sup>33</sup> Gellner kritisiert (1998), das Internet führe zu »Individualisierung und Globalisierung«, Begriffe, die man auch durch »Hedonismus und Monopolisierung« ersetzen könne. Er befürchtet, die Verbreitung des Internets produziere Bürger, denen die öffentliche Gesellschaft egal sei, weil sie in ihrer eigenen bedarfsgerechten Privatgesellschaft lebten. Gellners düstere Vision für das Netzmedium: »Wenn es indes nach Technik und Ökonomie ginge, wäre die Informationsgesellschaft eine mit Myriaden von individuell verfügbaren Kanälen, global organisiert und verbreitet, einzig durch die Marktmechanismen von Angebot und Nachfrage gesteuert, nationalstaatlicher und überhaupt jeglicher politischer Kontrolle entzogen.«<sup>34</sup> Während man Gellners Analyse ihre frühe Entstehungszeit zugute halten kann, gilt dies nicht für Ribolits, der etwas deutlicher in das

30 Thilo Harth: Internet und Demokratie – neue Wege politischer Partizipation: Überblick, Potential, Perspektiven, in: Uwe Andersen, Gotthart Breit, Peter Massing, Wichard Woyke (Hrsg.): Internet und Demokratie. Beiträge zur wissenschaftlichen Grundlegung und zur Unterrichtspraxis 4/1999, Schwalbach 1999. S. 8.

31 Ebenda, S. 9.

32 Ebenda.

33 Winand Gellner: Das Ende der Öffentlichkeit?, in: Gellner/von Korff (Hrsg.): Demokratie und Internet, Baden-Baden 1998, S. 11.

34 Ebenda, S. 16 f.

35 Erich Ribolits: Neue Medien und das Bildungsideal, a. a. O., S. 161.

36 Direkt zum Habermas-Bezug: Klaus Plake, Daniel Jansen, Birgit Schuhmacher: Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit im Internet. Politische Potenziale der Medienentwicklung, Wiesbaden 2001.

37 Thilo Harth: Internet und Demokratie, a. a. O., S. 12 ff.

38 Vgl.: Reinhard Meier-Walser, Thilo Harth (Hrsg.): Politikwelt Internet. Neue demokratische Beteiligungschancen mit dem Internet? München 2001; Andersen, Breit, Massing, Woyke (Hrsg.): Internet und Demokratie, a. a. O. sowie eher empirisch: Peter Filzmaier (Hrsg.): Internet und Demokratie. The state of online politics, Innsbruck 2001. Durchaus kritischere Ansätze in Claus Leggewie, Christa Maar (Hrsg.): Internet und Politik: Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie? Köln 1998. Eine Spezialdiskussion: Georg Michael Faltis: Demokratisierungspotenziale durch Kooperation im Internet am Beispiel regionaler Portale. Münster u. a. 2002. Eher Policy-Processorientiert: Christian Ahlert: Weltweite Wahlen im Internet. Möglichkeiten und Grenzen transnationaler Demokratie, Frankfurt 2003.

39 Die Kritik daran ist natürlich vor dem Hintergrund einer entwickelten bürgerlichen Demokratie zu sehen. Für totalitäre Diktaturen wie etwa China, Indonesien oder Nordkorea

gleiche bürgerlich-überhebliche Horn stößt: »Denn es ist nicht bloß so, dass sich das Wertvolle angesichts des Plunders der Millionen Nutzer, die ihre Botschaften ins Netz schicken verliert. Es verliert sich zugleich auch jedes Kriterium, was als wertvoll bezeichnet werden kann.«<sup>35</sup>

Trotz dieser weit verbreiteten Skepsis in der bürgerlichen Wissenschaft suchten gerade jüngere AutorInnen nach Möglichkeiten, wie das Netz als Partizipations- und Demokratisierungsinstrument genutzt werden kann. Im Mittelpunkt dieser Überlegungen steht die Herstellung einer Öffentlichkeit Habermasscher Provenienz.<sup>36</sup> So macht etwa Thilo Harth die folgenden Funktionen als nützlich aus:

- politische Information (z. B. Parteiprogramme, Statistiken, Pressemitteilungen)
- politische Kommunikation (virtuelle Parteigliederungen, kommunale Kommunikation)
- Medium für Wahlen, Abstimmungen und politische Kampagnen
- politische Aktivierung (Einbeziehung in Entscheidungsprozesse, Aktivierung klassischer Medien, bürgerschaftliches Engagement)
- transnationale Demokratie (z. B. europäische Tageszeitung)
- Medium für alle (»informationelle Grundversorgung«)<sup>37</sup>

Damit ist das Spektrum der diskutierten Entwicklungen bereits umrissen.<sup>38</sup> Gemeinsam ist diesen Funktionen, dass sie sich nicht von der zu schaffenden »fiktiven Realität« der bürgerlichen Öffentlichkeit lösen, sondern diese idealisieren.<sup>39</sup> Hier sollen die »Apparate« nicht dazu benutzt werden, etwas Neues zu schaffen, sondern eine alte Vorstellung zu erneuern. Die WählerInnen sollen »näher« an ihren Abgeordneten sein, sie sollen besser informiert werden und mehr Mitbestimmungsrechte ausüben können. Entscheidend ist jedoch, dass weder das ökonomische noch das politische System sich Macht- oder Informationsvorsprünge aus der Hand nehmen lassen, das Nadelöhr der »Gatekeeper« soll erweitert, aber nicht abgeschafft werden. Die wirkliche Auflösung des Sender-Empfänger-Prinzips, eine aufklärerische Durchdringung der ganzen Gesellschaft mit tendenzieller Öffentlichkeit wird nicht angestrebt. Brecht: »Aber es ist keineswegs unsere Aufgabe, die ideologischen Institute auf der Basis der gegebenen Gesellschaftsordnung zu erneuern, sondern durch unsere Neuerungen haben wir sie zur Aufgabe ihrer Basis zu bewegen.«<sup>40</sup>

#### *Wider die Folgenlosigkeit der Kommunikation*

Brecht kritisiert am entstehenden Rundfunk, an allen öffentlichen Institutionen die Folgenlosigkeit öffentlicher Kommunikation im Sinne eines sozialen Fortschritts. Er beklagt die Nichtdarstellung und Nichtverarbeitung gesellschaftlicher Konflikte und Widersprüche in Kunst, Bildung und Medien, den »kulinarischen«, d. h. konsumtiven Charakter der Kommunikation. Seiner Meinung nach müsse einer Kampagne, die auf das Eingreifen in die Wirklichkeit gerichtet sei, ein »natürlicher Erfolg« beschieden sein. Zu Grunde liegt hier Brechts Annahme, die »Ausgeschalteten« hätten den quasi naturgesetzlichen und freizulegenden Willen, sich gegen die »Mächte der Ausschaltung« zu wehren. Brechts klassenkämpferischer Zukunfts-

optimismus mutet heute naiv bis dogmatisch an. Ihm kann sicher eine Reduktion aufs Politökonomische vorgeworfen werden, Hintergrund sind jedoch seine Erfahrungen in der Weimarer Zeit, seine Erfahrung des Niedergangs der bürgerlichen Republik als Folge der wirtschaftlichen Krise. Auch ein Brecht ist dialektisch zu lesen.

Brecht forderte, das neue Medium nicht einfach auf die alte Basis, durchaus im Marxschen Sinne verwendet, aufzusetzen, sondern mittels des neuen Mediums die Basis zu diskreditieren, auf eine Umwälzung der sozialen Verhältnisse im Interesse der vielen hinzuarbeiten. Lässt sich seine 75 Jahre alte Theorie, von der er meinte, dass sie utopisch sei, aktualisieren? Sind bereits Anzeichen dafür in der aktuellen Netzwelt zu entdecken?

Brechts erstes wichtiges Anliegen war, »öffentlichen Angelegenheiten auch wirklich den Charakter der Öffentlichkeit zu verleihen.«<sup>41</sup> Er bezieht dies auf die Justiz, auf Ministerien, auf große Wirtschaftsunternehmen. Dies sei auch gegen den Widerstand der Institutionen durchzusetzen, Gesetze, die diese Rechte schützten, seien abzuschaffen. Das Netz bietet für diese Art der Öffentlichkeit beste Voraussetzungen, wenn auch der Staat wenig Interesse an mehr Öffentlichkeit hat. Erste eher subversive Pfade auf diesem Gebiet werden jedoch gegangen: Konsumenten gründen Internetforen, um sich über Geschäftspraktiken großer Unternehmen auszutauschen, Fotos von Polizeiübergriffen landen im Netz, Weblogger plaudern Interna aus Vorstandssitzungen bei Apple aus und der Emailverkehr zwischen EU-Kommission und Wasserkonzernen über die GATS-Verhandlungen wird abgefangen und veröffentlicht. Vieles weitere ließe sich hier denken. Dies ist eine Folge der von Brecht als Ziel proklamierten Organisation der Empfänger als Sender. Berichte, Fotos, Videos von beliebigen Ereignissen und Tatsachen können blitzschnell eingespeist werden. Der Filter gegen die Unübersichtlichkeit sind entweder Suchmaschinen<sup>42</sup> oder Newsfeeds und Moderatoren in Portalen oder Communitys. Entscheidend für die Verbreitung ist der Gebrauchswert einer Information für den einzelnen User: was nicht gebraucht wird, wird nicht gesucht. Was nicht gesucht wird, verfällt. Vom Bericht eines Arbeitslosen über seine Erfahrungen mit Arbeitgebern, Ämtern und Vermietern bis zur Organisation großer Streiks ist alles denkbar.

Brechts dritte Forderung ist die nach der Umfunktionierung der Kommunikationsapparate zur Diskreditierung der Basis der Gesellschaft. Brecht konnte nicht von einem selbstorganisierten Netz-Medium wie dem Internet ausgehen. Weder der Entwicklungsstand der marxistischen Geschichtsauffassung, noch der Entwicklungsstand der Produktivkräfte konnten ihn die heutige Entwicklung erahnen lassen. Er entwickelte seine Vorstellungen in einer stürmischen Entwicklungs- und Überhitzungsphase eines fordistischen Akkumulationsregimes mit statischen Großindustrien, immensen Bürokratien in Staat und Verwaltung und vor dem Hintergrund des sozialistisch-stalinistischen Industrialisierungsversuchs in der Sowjetunion.

So gelesen lässt sich Groths Analyse der Brechtschen Rundfunkarbeit nachvollziehen: »Brecht stellt seine Radiotheorie unter den Primat der revolutionären Veränderung. [...] Brecht wollte nicht – in flach aufklärerischer Manier – die Einsicht provozieren, um dann die

muss die demokratisierende Wirkung der globalisierten Kommunikationsstruktur uneingeschränkt positiv bewertet werden. Dass diese »Gefahr« gesehen wird, zeigen die massiven Versuche der chinesischen Regierung, das Internet seiner Informationsmöglichkeiten zu berauben und es auf seine wirtschaftlichen Funktionen zu reduzieren. Vgl.: Georg Blume: Freiheit, die sie meinen, in: taz, 15. Juni 2005.

40 Bertolt Brecht: Der Rundfunk als Kommunikationsapparat, a. a. O., S. 557.

41 Ebenda, S. 553 f.

42 Die Suchmaschinen haben sich inzwischen, mit Ausnahme von Google, zu ausschließlichen Anzeige- und Werbepattformen gewandelt. Hier hat eine neue Internetpraxis anzusetzen. Siehe auch [www.rettet-das-internet.de/suchmaschinen.htm](http://www.rettet-das-internet.de/suchmaschinen.htm)

43 Peter Groth: Hörspiele und Hörspieltheorien der Weimarer Republik, Berlin 1980, S. 191.

Veränderungen dem Individuum und dem Selbstlauf zu überlassen. Sein Konzept sollte Einsicht und Veränderung im gesellschaftlich relevanten Maßstab vereint in Bewegung setzen.«<sup>43</sup> Brechts Vorstellungen gingen von der damals zahlenmäßig und organisatorisch recht bedeutenden KPD und ihrem Umfeld, von einem gewaltsamen Aufstand des organisierten Proletariats und der Errichtung eines kollektivistischen Staates, des »sozialistischen Übergangstaates« (Groth) aus. Dieses Szenario hätte auch die Aneignung des bürgerlichen Kultur- und Medienapparates zur Folge gehabt. Brecht geht darauf ein, wenn er schreibt, dass seine Utopie über den Rundfunk nur in einer »anderen Ordnung« durchführbar sei und die jetzige Verkündung der »Formung und Propagierung dieser anderen Ordnung« diene. Ihm ging es nicht darum, einfach die Rollen von Empfänger und Sender zu tauschen. Er wollte eine Gesellschaftsordnung, in der es diese Rollen nicht mehr gibt.

Wenn man diese dialektische Lesart der Brechtschen Utopie übernimmt und auf ihren Kern reduziert, kann das Ziel der Umfunktionalisierung der Apparate aktualisiert werden. Es meint die Durchdringung der gesellschaftlichen Kommunikation mit subjektiv-utilitaristischer Information und Kommunikation, gemacht von Individuen und Kollektiven. Dies bedeutet die Abschaffung bürgerlich-ideologischer One-to-many-Kommunikation und die Aufhebung von deren Folgenlosigkeit. Wenn die Apparate von allen beherrscht werden und Hierarchien abgebaut werden, ist eine solche Beeinflussung kaum noch möglich.

Während Brecht also von der Übernahme konzentrierter steuerbarer Konglomerate ausging, haben wir unter den Bedingungen der Netzkommunikation andere Voraussetzungen für eine Umfunktionalisierung. Während Brecht von der Umfunktionalisierung eines »kulinarischen« und hermetischen »Schmalband«-Mediums sprach, haben wir heute über die Nutzung einer offenen technischen Plattform zu reden, die nicht nur kommunikatorische, sondern auch ökonomische Funktionen erfüllt. An dieser Stelle muss eine Weiterentwicklung des Brechtschen Gedankens von der Umfunktionalisierung erfolgen.

Als naheliegender und oft zitierter Ansatz im Sinne soll der so genannte Cyber-Activism oder Hacktivismus in den Blick genommen werden. Dabei handelt es sich um vielfältige Aktionen, die meist das Ziel haben, Internetseiten oder Computernetzwerke zu manipulieren oder lahmzulegen. Bekannte Beispiele sind die Störung der WTO-Webseite während des G8-Gipfels in Seattle und die Störung der Internetseite der Lufthansa als Protest gegen die Abschiebung von Flüchtlingen. Die Aktivisten des »virtuellen Sit-Ins« wurden vor Gericht wegen Nötigung angeklagt.<sup>44</sup> Die autonome Gruppe a.f.r.i.c.a. kommentiert dazu: »Die Netz-Intervention war hier Teil einer umfassenderen Kommunikations- und Aktionspraxis, die sich sowohl im physikalischen wie im virtuellen Raum abspielte und die Vorbereitung und Durchführung der Aktion ebenso einschloss wie ihre politische Kontextualisierung – bei der das Internet nicht nur als Aktionsfeld, sondern insbesondere als Vernetzungsinstrument von großer Bedeutung war.«<sup>45</sup> Diese Aktionen übertragen Protestformen aus der realen in die virtuelle Welt, von einer Änderung gesellschaftlicher Verhältnisse kann hier nicht die Rede sein: »Politische Aktionen sind

44 Vgl. Christian Rath: Virtuelles Sit-In vor Gericht, in: taz vom 15. 6. 2005.

45 a.f.r.i.c.a.: Ziviler Ungehorsam und Kontrolle der lebendigen Arbeit. Internet als politischer Protestraum, in: So oder so. Die libertad!-Zeitung, Nr. 15. 2005. Unter <http://www.sooderso.net/zeitung/sos15/index.shtml>. (Zugriff am 22. 6. 2005)

solche notwendigerweise klandestinen Angriffe nicht. Inzwischen sind virtuelle Sit-Ins selten geworden oder ins semikriminelle Milieu der Geheimdienste und Infowar-Strategen abgewandert.«<sup>46</sup> Die Protestkultur (siehe auch indymedia) ist erst am Anfang zur Erlangung von Diskurshegemonien. Eine weitere Stufe ist das Hacken von Internetseiten und Netzwerken, um z. B. die Seite mit kritischen Inhalten zu versehen. Dies geschah etwa mit der Seite des amerikanischen Verteidigungsministeriums oder der des mexikanischen Präsidenten im Zuge des Zapatisten-Aufstandes.<sup>47</sup> Der Internetaktivist beschreibt den Effekt des Hacktivismus folgendermaßen: »Hacktivismus ist wahrscheinlich kein Mittel, das Organisation unterstützt, und das Ergebnis von Hacktivismus ist wahrscheinlich kaum eine Zunahme derer, die unzufrieden sind. Viel eher scheint Hacktivismus ein Mittel zu sein, um Lärm zu machen und Aufmerksamkeit für ein bestimmtes Thema zu erregen.«<sup>48</sup>

Diese Aktionen berühren einen blinden Fleck, der bei Brecht ausgespart blieb: den direkten politischen Kampf. Brecht ging jedoch vom Standpunkt der historischen Notwendigkeit der Klassenauseinandersetzung aus, diese Sicherheit hat die heutige Bewegung abgelegt. Ihr geht es nicht um ein Produktivieren entfesselter Widersprüche, sie will diesen Prozess der Entfesselung eben gerade stören und unmöglich machen: »Der Computer und das Internet sind hybride Instrumente (Maschine und Medium zugleich) die in immer mehr Arbeitsverhältnissen zu zentralen Produktionsmitteln werden. [...] Der hybride Charakter der Technik trägt die Tendenz in sich, die ›lebendige Arbeit‹ unabhängiger vom Kapital (bzw. Kapitalverhältnis – T. S.) zu machen. Das gleiche Werkzeug, mit dem die Arbeitskraft ausgebeutet wird, kann auch für den Widerstand eingesetzt werden. Das ist die Kehrseite jener Tendenz zur ›Subjektivierung von Arbeit‹, deren Apologeten die Autonomie, Kreativität und Flexibilität der ›Wissensarbeiter‹ preisen. Insofern bedarf es eines Diskurses über die legitime Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnik, sprich, abweichende Nutzungsformen des Computers und des Internet sollen unterbunden werden. Das Potential des Computers zur autonomen Vernetzung wird auch in diesem Prozess bekämpft und das zentrale Produktionsmittel des Postfordismus soll wieder unter Kontrolle gebracht werden.«<sup>49</sup> Abgesehen von der Überschätzung der tatsächlichen Zahl weitgehend autonomer Wissensarbeiter im Postfordismus wird hier deutlich, dass sich radikallinke Bewegungen in der Analyse der Medien und ihrer Funktion vom marxistisch-leninistischen Ansatz Brechts unterscheiden. Während Brecht noch davon ausging, man müsse den Staat und mit ihm den Rundfunk umfunktionieren, wird hier auf die Errichtung von autonomer Gegenmacht zu Staat und Kapital gesetzt.

Möglicherweise würde Brecht diese Art Aktivismus als ungleichzeitig und folgenlos verdammen. Auch heute wird netactivism aus linker Perspektive als nicht angemessen kritisiert: »Grundsätzlich birgt Computervernetzung und -aktivismus das Problem der Anonymität, der Mittelbarkeit und des Fehlens direkter sozialer Zusammenhänge. Während eines NetStrikes sehen sich die AktivistInnen nicht, sie können nicht gesehen werden und von der Wirkung erfahren alle Beteiligten und weiteren RezipientInnen erst aus den Me-

46 Ebenda.

47 Stefan Krempel: Widerstand aus dem Cyberspace. Telepolis vom 30. 3. 1999. Unter: <http://www.heise.de/bin/tp/issue/download.cgi?artikelnr=2697> (Zugriff am 22. 6. 2005)

48 Stefan Wray: Hacktivismus. Direkte Aktion am PC. Unter [www.direkte.aktion.at](http://www.direkte.aktion.at) (Zugriff am 22. 6. 2005)

49 a.f.r.i.c.a.: Ziviler Ungehorsam, a. a. O.

dien. [...] Die Simulation von »Widerstand« als politische Methode in einer »Simulationsgesellschaft« ist ein interessanter Versuch, »traditionelle« linke Politik um eine explizite Medienpolitik zu erweitern. Der Versuch, die Metapher »Massenaktion« auf das Internet zu übertragen, ist interessant, aber technisch auf jeden Fall ausbaufähig (z. B. durch Stärkung der Interaktion der Beteiligten). Doch auch mit der Überwindung des netztypischen, individuellen Verkehrsverhaltens besteht die grundlegende Gefahr einer (weiteren) Technisierung politischer Betätigung und des Mangels an Rückbindung an die »realen« soziopolitischen Prozesse.«<sup>50</sup> Schwierigkeiten bei der medialen Verwertung abstrakter Erkenntnisse über gesellschaftliche Strukturen bereitet auch die letztendlich kaum überprüfbare Wahrheit von Informationen im Netz. Dieses Problem muss jedoch dialektisch betrachtet werden: einerseits bildet das Netz Wahrheiten ab, die in den bisherigen Medien nicht vorkamen, andererseits bringt die Zersplitterung Schwierigkeiten beim adäquaten, sinnstiftenden Verarbeiten von Information. Brechts Postulat, die Medien und ideologiebildenden Institute müssten ihrer Folgenlosigkeit entrissen werden, kann also nicht im Sinne eines politischen Netz-Aktivismus antikapitalistischer Kräfte reaktualisiert werden, es ist nötig, die reale Gesellschaftsordnung in den Blick zu nehmen.

#### *Durchführbar in einer anderen Ordnung*

Damit kommen wir zurück zum Blick auf die ökonomische Basis. Der hybride Charakter von Computern und Netzwerken wurde bereits mehrfach erwähnt, sie sind zugleich Produktionsmittel und Medium, zugleich Maschine und Plattform. Sie tragen zur kapitalistischen Dynamisierung bei und helfen bei deren Kritik und Reflexion. Kurz: die bürgerliche Gesellschaft wie die kapitalistische Ökonomie sind einem auf Computer basierenden Wandlungsprozess unterworfen. Die Produktivkraftentwicklung dieser spätkapitalistischen Gesellschaft hat Technologien hervorgebracht, deren Folgen für die Gesellschaft kaum planbar sind. Gleichzeitig verschärft sich auch die Spaltung zwischen den verschiedenen Entwicklungsstadien kapitalistischer Ökonomien weiter.<sup>51</sup> Trotzdem wird in den Zentren kapitalistischer Entwicklung die Technologie Lebens- wie Produktionsverhältnisse nachhaltig umwälzen. Wissen wird verwertbarer, Prozesse werden beschleunigt und Menschen, notwendig an Orte gebunden, geraten gegenüber den Daten ins Hintertreffen. Diese Verhältnisse produzieren jedoch neue Widersprüche: Waren werden zunehmend körperlos und ohne jeglichen Aufwand reproduzierbar und Arbeit wird unabhängiger von Ort, Zeit und weniger kleinteilig. Die künstlich knappen, und deshalb zu kommodifizierenden Güter in den hochentwickelten Gesellschaften gehen direkt auf menschliche Grundbedürfnisse (Ernährung, Gesundheit, Mobilität, Bildung, Sicherheit, Kultur, Gemeinsamkeit) zurück, es geht um die »Kommerzialisierung menschlicher Aktivitäten«.<sup>52</sup> Der Kapitalismus greift direkter in die Lebenssphäre der Menschen ein als jemals zuvor in seiner Geschichte. Der theoretische Streit unter Marxisten wird derzeit darüber geführt, ob, ähnlich des Überganges vom Feudalismus zum Kapitalismus, der alten Gesellschaftsordnung die neue bereits innewohnt und aus ihr heraus »keimt«.<sup>53</sup> Anzeichen dafür sind

50 nadir-netzkritik: Digital Zapatismo, in: arranca 17, Hamburg 2005. Unter <http://arranca.nadir.org/archiv/15.htm> (Zugriff am 23. 6. 2005)

51 So prallten während des zapatistischen Aufstandes Welten aufeinander, als die EZLN das Internet für ihre Kampagnen benutzte, obwohl sie selbst mitten im Kampf stand in einem der ärmsten Gebiete des Landes. Vgl.: nadir-netzkritik: Digital Zapatismo, in: arranca 17, Hamburg 2005. Unter <http://arranca.nadir.org/archiv/15.htm> (Zugriff am 23. 6. 2005)

52 Alexander Menschnig: Pop-Kapital, in: Freitag Nr. 30/2002. Unter [www.freitag.de/2002/30/02300101.php](http://www.freitag.de/2002/30/02300101.php)

53 Vgl. etwa die Debatte von Stefan Meretz, Christian Fuchs, Michael Heinrich und Ernst Lohoff u.a., in: Streifzüge. Nr. 1/2001; 2/2001 und 1/2002. Unter [www.widerspruch.at/streifzuege](http://www.widerspruch.at/streifzuege). Sowie in der Zeitschrift *krisis*. [www.krisis.org](http://www.krisis.org).

durchaus zu finden: Durch die Kommodifizierung der unmittelbaren Lebenstätigkeit wird das Augenmerk der Menschen direkt auf diese vitalen Lebensfunktionen, d. h. weg vom materiellen Produkt gelenkt. Dies lässt sich in Deutschland derzeit gut beobachten. Die Nachfrage nach materiellen Gütern erlahmt, während bei den o. g. Grundlebensbedingungen eine enorme Knappheit zu verzeichnen ist. Die Knappheit ist entstanden, weil das Kapital nach dem Ende des fordistischen Konsens mit der o. g. Beschleunigung im Akkumulationsprozess Nationalstaaten zur Senkung der Staatsquote zwingen konnte. Die Dynamik in hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften führt also dazu, dass komplexe Prozesse ablaufen:

1. Die Arbeit eines wachsenden Teils der Bevölkerung subjektiviert und »verganzeitlicht« sich,<sup>54</sup> was ihren Ausbeutungscharakter aber noch verschärft.

2. Die vitale Freizeit der Menschen gerät zunehmend in Kommodifizierungszwänge.

3. Die nachgefragten Güter entmaterialisieren sich tendenziell.

Diese Entwicklungen der Entgrenzung und der Entknappung bedingen, dass sich das kapitalistische Ausbeutungsverhältnis zunehmend in Kernbereichen wie Individualität, Persönlichkeit und Kommunikation niederschlägt und gleichzeitig Befreiungstendenzen, etwa die tendenzielle Abkehr vom Konsumfetisch und das Ausbrechen aus festgefühten Arbeitsabläufen und -kommandos festzustellen sind. In dieser Formation ist die Befreiung aus privatkapitalistischer Ausbeutung und aus der Warengesellschaft doch tendenziell angelegt. Von einem bewusstlosen Automatismus im Sinne des klassischen Marxismus oder gar einer Zwangsläufigkeit eines revolutionären Prozesses kann jedoch keine Rede sein. Die Überwindung der Warengesellschaft könne nur als »Kampf auf der Ebene der realen sozioökonomischen Reproduktion«<sup>55</sup> gedacht werden, so Lohoff. Dies bedeutet gegenüber Brecht die Abkehr von der Vorstellung, Umwälzungen würden vor allem mit der Eroberung staatlicher Macht vollzogen. Heute ist davon auszugehen, dass revolutionäre Neuerungen in der bewussten Änderung der Lebens- und Arbeitsweisen der Menschen stattfinden, also nicht ruckartig, sondern fließend.<sup>56</sup>

Die uns hier zum Schluss interessierende Frage ist die nach der Kommunikation und des Internets in dieser Entwicklung. Das Netz wird, wie bereits beschrieben, weiter zur Beschleunigung des Kapitalumsatzes und zur Rationalisierung von Distribution, Unternehmenskommunikation und Marketing beitragen. Dem bloßen Widerstand dagegen dürfte wenig Erfolg beschieden sein. Wenn sich die auf Marx berufende Linke in diesem Prozess positionieren will, muss sie sich der Möglichkeiten und der Unmöglichkeiten des Netzmediums bewusst werden. Aus meiner Sicht ist es notwendig, einen aktiven Prozess der Dekommodifizierung des Internets und seiner technischen Basis sowie eine radikale Abwehr von Schließungs- und Zensurbestrebungen zu fördern. Die kommunikatorische many-to-many Vernetzung der Gesellschaft, die Aufhebung des Sender-Empfänger-Prinzips ist bereits ein sozialer und politischer Wert, der nicht leichtfertig aufgegeben werden darf. Sollen Produktion und Politik wieder näher aneinander rücken, dürfen die Netze nicht zensiert

54 Natürlich darf dabei nicht unerwähnt bleiben, dass die Handarbeit entweder in subproletarische Schichten oder in andere Länder »ausgelagert« wurde. Dies macht den Prozess aber eher noch sichtbarer, weil nicht nur eine soziale, sondern auch z. T. eine räumliche Trennung stattfand.

55 Ernst Lohoff: Die Ware im Zeitalter ihrer arbeitslosen Reproduzierbarkeit, a. a. O.

56 Die Vorstellung, Sozialismus könne trotz Güterknappheit und Warenfetisch einer Gesellschaft aufgepfropft werden, dürfte wohl der wichtigste strukturelle Grund für das Scheitern seiner bisherigen Realexistenz sein.

werden. Eine globalere Aufgabe muss die Stärkung und Stabilisierung nichtkommodifizierter Lebens-, Arbeits-, Kommunikations- und Produktionsmodelle, bei denen die digitale Vernetzung und die dadurch zu erzielende Effektivierung eine Rolle spielt, sein. Mit freier Software, mit Foren, die Beratungsdienstleistungen entpreisen, mit Online-Tauschringen, mit Email und Weblogs, die klassische Medien auch materiell und inhaltlich überflüssig machen, ist abgesehen vom Raubkopieren eine Abkehr von der Warenform und von entfremdeter Arbeit vorgezeichnet und muss ausgebaut, weitergedacht werden. Denkbar sind Kunst- und Bildungsplattformen ohne Warencharakter, neue Entscheidungsstrukturen in großen Unternehmen usw. Natürlich gehört zur Umsetzung solcher Ideen eine moderne sozialstaatliche Reaktion, z. B. ein Grundeinkommen. Die An- und Einbindung der sozial schwächeren Schichten sollte aus sozialpolitischen, emanzipatorischen und aus kommunikationspolitischen Gründen ein Ziel der Linken sein. Sie dürfen nicht den Fehler machen, neue Modelle nur für eine kleine Medienelite schaffen zu wollen. Dann könnte eine aktiv in die Basis eingreifende Politik, anders als bloß trendiger Internet-Protest, möglicherweise die von Brecht geforderten Folgen zeitigen: »Geleitet von dem Verdacht, unsere Vorstellungen seien selbst längst zu Waren geworden (sie konnten keine Güter bleiben), wollen wir nunmehr diese Vorstellungen untersuchen, und zwar gerade auf diesen Warencharakter hin. Schon fast zu lang haben wir, sprechend von solchen Dingen wie neues Lebensgefühl, Nachkriegsauffassung, Weltbild einer neuen Generation, beinahe alles Neuere als Voraussetzung gelassen und so benutzt. Es wird Zeit, nunmehr diese Voraussetzungen zu konstituieren.«<sup>57</sup>

57 Bertolt Brecht: Nutzen der Wahrheit, in: Bertolt Brecht: Werke. Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe (GBA), Berlin/Frankfurt 1988, Band 22, S. 580 f.